

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 89 (2009)
Heft: 972

Rubrik: Dossier : die Stärken der Schweiz

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 18.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

- 1 Nutzen wir unsere Chancen!
- 2 Die Schweiz hat Zukunft
- 3 Bildung macht den Unterschied
- 4 Ein unbekanntes Land
- 5 Sonderfall und Globalisierung – eine erfolgsversprechende Kombination
- 6 Penthouse Europas
- 7 Kleinheit als Wettbewerbsvorteil
- 8 Ein Ort für Andersdenkende

Eigenwillig!

Die Stärken der Schweiz

Gibt es das Schweizer Bankgeheimnis noch? Oder ist es zu einem blossen Wort in einem politischen Sprachspiel geworden, zum hohlen Emblem eines fast nur noch rhetorischen helvetischen Widerstandswillens? – Gibt es die helvetische Konkordanzdemokratie noch? Oder ist sie zu einem Zwischenspiel in einem Polittheater verkommen, in dem es jeder auf jeden abgesehen hat? – Kurz, gibt es noch einen politischen Konsens darüber, was das Land eigentlich soll und will?

Die Verwirrung ist gross. Die bürgerlichen Politiker haben die alte Tugend neu für sich entdeckt, dass Schweigen Gold ist. Und die Linken misstrauen offensichtlich zunehmend sich selbst (und wählen lieber einen Vertreter der FDP als einen der CVP in die Landesregierung). So erstaunt es auch nicht, dass sie aus der Stimmung allgemeiner Marktskepsis kaum Kapital zu schlagen vermögen; umgekehrt hat man sich fast schon daran gewöhnt, dass Bürgerliche in etatistischen Aussagen Profilierung suchen.

Die allgemeine Ratlosigkeit wird das Ausland einladen, den Druck auf die Schweiz zu erhöhen (Steuerharmonisierung, Informationsaustausch zwischen Steuerbehörden). Deutschland, Frankreich oder die USA interessieren sich nicht für helvetische Befindlichkeiten; denn sie haben ihre eigenen Probleme: hohe Staatsverschuldung, politische Legitimationsdefizite. Ihre Politiker haben mithin genügend (pseudo-)ökonomische und (populistisch-)politische Gründe, um unsere Standfestigkeit zu testen.

Es ist gegenwärtig leicht, das Schweizer Establishment für sein hilfloses Auftreten und Agieren zu kritisieren. Die «Schweizer Monatshefte» haben ebenfalls Kritik geübt, jüngst in der Sonderpublikation «Ein Land laviert», und sie ist bitter nötig. Dabei ist Kritik aber kein Selbstzweck, sondern hat eine läuternde Funktion. Sie öffnet uns die Augen – für unsere Schwächen, aber vor allem für unsere Stärken.

Der Schweizer Historiker Herbert Lüthy hat 1965 in einem Essay für die «Schweizer Monatshefte» davor gewarnt, sich der «lähmenden Mentalität eines unablässigen Rückzugsgefechts gegen die Zeit und die Zukunft» hinzugeben. Was es braucht, ist eine Selbstverständigung über das, was wir sein wollen. Dazu müssen wir uns freilich zuerst wieder dessen bewusst werden, was wir eigentlich sind. Die weltanschaulichen Prinzipien und die gewachsenen Institutionen, die die Schweiz ausmachen, haben viel Zukunftspotential. Nichts hindert uns (ausser wir selbst), es auch zu nutzen.

René Scheu

Die Schweiz steckt in einer schwierigen Situation. Gut so, sagt Ex-Botschafter Thomas Borer. Das macht wach. Und schärft den Blick für jene Prinzipien, die das Land stark machen.

1 Nutzen wir unsere Chancen!

René Scheu & Florian Rittmeyer im Gespräch mit Thomas Borer

Herr Borer, Sie sind bekannt dafür, Ihre Swissness hochzuhalten. Was ist es denn, was Sie an der Schweiz so mögen?

Wir sind ein innovatives, kulturell vielseitiges, intelligentes, durch die Geschichte sehr geprägtes Land. Die persönliche Freiheit ist in der Schweiz tief verwurzelt. Von den Freiheitsrechten abgeleitet sind andere wichtige Stärken unseres Landes: die direkte Demokratie, der Föderalismus und gelebte Subsidiarität. Auf diesem soliden Fundament steht unsere Zivilgesellschaft und unsere starke Wirtschaft.

So will es jedenfalls die Theorie.

Schweizer haben eine masochistische Ader. Wir neigen dazu, uns kleiner zu machen, als wir sind. Ich gebe Ihnen aber insofern recht, als wir uns unserer Stärken oft zuwenig bewusst sind, unsere Werte nicht täglich hochhalten und nicht im Ausland vertreten. Wofür unsere Vorfahren gekämpft haben, das scheint uns gleichsam gottgegeben – und zuletzt vernachlässigbar. So gesehen, müssen wir für die schwierige Situation, in der wir gegenwärtig stecken, fast schon dankbar sein. Sie öffnet uns neu die Augen für unsere Werte, die zwar alt, aber keineswegs veraltet sind.

In ihrer 1.-August-Rede haben Sie die Schweiz als eigenwillige Gemeinschaft beschrieben, die sich von anderen nicht vorschreiben lässt, wie sie zu leben hat. Machen wir uns, wenn wir uns so sehen, nicht etwas vor?

Absolut nicht. Ich habe Jahrzehnte im Ausland verbracht und viele verschiedene Systeme von

innen kennengelernt. Und ich muss sagen: die Schweiz ist ein Sonderfall, sie tickt politisch anders als die anderen. Das heisst nicht, dass wir in vielen Bereichen nicht *mainstream* wären. Zersiedelung ist auch bei uns ein Problem. Wirtschaft und Kultur folgen den üblichen Mustern. Aber das Verhältnis vom Bürger zum Staat ist bei uns ein besonderes: der Staat steht im Dienste der Bürger und nicht die Bürger im Dienste des Staates.

Können Sie konkreter werden?

Nehmen wir die Steuerdebatte. Die Mehrheit der Schweizer ist sich einig, dass Steuerhinterziehung verwerflich ist und bestraft werden muss. Doch gibt es ein Gut, das höher zu gewichten ist als die absolute Steuertransparenz, nämlich die individuelle Freiheit. Der Missbrauch dieser Freiheit durch einzelne Leute darf nicht dazu führen, dass alle unter Generalverdacht gestellt werden, indem ihnen das Recht auf eine finanzielle Privatsphäre genommen wird. In Deutschland hingegen herrschen andere Verhältnisse. Die Deutschen haben den Obrigkeitsstaat verinnerlicht und geben ihm ganz selbstverständlich das Recht, unter ihre Matratze zu schauen. Das nennen sie dann «Steuergerechtigkeit». Für uns wäre das staatliches Unrecht.

In Deutschland ist der Staat die Lösung aller Probleme.

Wer rettet Opel, wer soll dafür sorgen, dass es den Menschen gut geht, wenn sie keine Arbeit haben? Vater Staat. Bei uns ist der Staat jedoch eher das Problem als die Lösung, und weil wir dies so sehen, funktioniert der Staat auch ziemlich gut. Wir haben aus geschichtlichen Gründen eine gewisse Machtaversion; daher auch unsere föderalistisch abgestützte Tendenz, Macht zu brechen.

Persönliche Freiheit und Eigenverantwortung in Ehren, aber faktisch haben wir in den letzten Jahren den Staat ebenso ausgebaut wie andere europäische Länder, wir haben die Staatsquote erhöht und wir haben EU-Recht übernommen.

Leider gibt es in der Schweiz die Tendenz, sich anzupassen. Wir sind bequem geworden. Die Staatsquote der Schweiz ist im Verhältnis zu OECD-Staaten in den letzten 20 Jahren unverhältnismässig stark gewachsen. Das ist für mich eine besorgniserregende Entwicklung. Wir haben begonnen, dieselben Fehler zu machen wie unsere Nachbarn – bloss mit einigen Jahren Verzögerung. Dennoch haben wir einen unbestrittenen

Vorteil: wir haben die direkte Demokratie und den Föderalismus als Bremsinstrumente. Das Finanzreferendum in Kantonen greift, und es wäre zu wünschen, dass wir dasselbe Instrument auch auf Bundesebene einführen.

Wir sind überzeugt, dass die anderen von uns lernen könnten. Nun ist es aber leider so, dass sie uns oft kaum kennen. Also glauben wir irrtümlicherweise, dass sie von uns nicht lernen wollen. So werfen wir ihnen Verblendung vor und sie uns Rosinenpickerei. Das ist unser Fehler. Als ich in den 1990er Jahren die Task Force in der Auseinandersetzung Schweiz-Zweiter-Weltkrieg leitete, habe ich erkannt, wie wichtig das Image, das Erscheinungsbild eines Landes ist. Seither fordere ich den Aufbau eines gezielten Reputationsmanagements – proaktiv, nicht reaktiv. Genauso, wie Nestlé oder Novartis ihre Marke managen, sollte die Schweiz ebenfalls ihren Ruf pflegen. Die Marke «Schweiz» ist Dutzende von Milliarden wert. Und wir wissen nicht einmal, welche Faktoren sie auf welche Weise beeinflussen – und was wir mit ihr eigentlich wollen. Das ist grotesk.

Ein Land lässt sich nicht gleich vermarkten wie ein Unternehmen.

Stimmt, es erfordert mehr Anstrengung als punktuelle Marketingkampagnen. Aber es kann doch nicht sein, dass wir jeweils über Jahre in einen politischen Schlummerzustand verfallen. Und wenn wir dann wieder mitten in einer Krise stecken, spricht der Bundesrat zwei Millionen für die Imagewerbung in den USA und will, dass etwas getan wird. Aber niemand weiss genau, was eigentlich zu tun wäre. Reputationsmanagement ist wichtig, um die Interessen des Landes Schweiz im Ausland zu vertreten; es ist eine Mischung aus Interessenpolitik und Aufklärungsarbeit. Es liesse sich den ausländischen Steuerbehörden zum Beispiel klarmachen, dass wir die Steuerhinterziehung nicht gutheissen, um den Schweizer Banken einen Wettbewerbsvorteil zu verschaffen.

Wir sagen also, dass wir die Privatsphäre höher gewichten als die totale Transparenz. Aber interessiert das die ausländischen Steuerbehörden, wenn es dazu führt, dass ein Teil von deren Steuersubstrat in die Schweiz fliesst?

Das kommt darauf an. Wenn es um den Steuerstreit geht, muss man darlegen, dass Konkurrenz das Geschäft belebt. Die Europäische Union setzt ja überall auf Wettbewerb. Wieso also sollten Standorte nicht miteinander konkurrieren dür-

fen? Und ist es denn wirklich im Interesse der EU-Länder, ihre Steuern auf hohem Niveau zu harmonisieren? Schadet sich die EU damit nicht selbst, weil sie dadurch gegenüber Asien und den USA ins Hintertreffen gerät? So etwas muss man kommunizieren und dafür auch in der EU Verbündete gewinnen.

Wie soll dieses Reputationsmanagement konkret aussehen – wollen Sie Finanzministern Nachhilfe in Volkswirtschaftslehre erteilen?

Wir müssen Seminare in Berlin und Hearings in London durchführen, zu denen wir die Meinungsführer aus Politik, Wirtschaft, Medien und Kultur einladen. Wir müssen an amerikanischen Universitäten Lehrstühle für Liberalismus oder für *Swiss Banking* schaffen. Da braucht es personelle und finanzielle Ressourcen. Es braucht ein gutes Konzept. Und es braucht Beharrlichkeit. Nachhaltig ist ein solches Reputationsmanagement nur, wenn es auf Dauer angelegt ist.

Wenn es um den Steuerstreit geht, muss man darlegen, dass Konkurrenz das Geschäft belebt. Die Europäische Union setzt ja überall auf Wettbewerb.

Dafür müsste das Land mit einer einzigen Stimme sprechen. Das ist nicht realistisch – es gibt keinen Konsens darüber, was die Schweiz eigentlich ist und was sie will.

Es ist höchste Zeit, dass wir eine Debatte darüber führen, wie sich das ändern lässt, im Interesse der Schweiz! In jedem Land müssen bestimmte Aufgaben zentral gelöst werden. Reputationsmanagement gehört – neben der Landesverteidigung – zweifellos dazu.

Uns fehlt es an Selbstvertrauen.

Wir haben uns während Jahrhunderten eingeredet, ein Kleinstaat zu sein, der nichts zu sagen hat. Im Europa des 18. und 19. Jahrhunderts traf dies auch durchaus zu. Aber wenn man moderne Kriterien hinzuzieht, wie Wirtschaftskraft, Wettbewerbsfähigkeit, Innovationskraft, Leistungsbereitschaft und Ausbildungsniveau der Bevölkerung, so gehört die Schweiz zweifellos zu den 20 mächtigsten Staaten der Welt. Bescheidenheit ist gut. Wir sollen auf keinen Fall schulmeisterlich auftreten. Aber selbstbewusst. Ein positives, bescheidenes Sendungsbewusstsein wäre eine gute

Mischung, um auf dem internationalen Parkett Erfolg zu haben.

Offensives Auftreten steht im Widerspruch zur Diplomatie des Kleinstaats, die hinter den Kulissen betrieben wird.

Man kann ja das eine tun, ohne das andere zu lassen. *Public diplomacy* bedeutet, dass man über die Medien des Gastlandes auf dessen Meinungsbildung Einfluss nimmt. Mit geheimer Diplomatie nehmen Sie hingegen auf die Regierung Einfluss. Wer sich heute durchsetzen will, muss zu beiden Mitteln greifen.

Man hat den Eindruck, dass wir uns in den letzten Jahren diplomatisch isoliert haben.

Die Welt hat sich fundamental verändert. Einerseits politisch – die Schweiz tut sich schwer damit, ihre neue Rolle in der neuen Weltordnung nach 1989 zu finden. Andererseits medial – wir leben heute in Mediengesellschaften. Öffentlichkeit, auch politische, wird heute durch die

Das Schweizer Regierungssystem ist nicht mehr zeitgemäss – es ist zu träge, zu langsam und zu wenig flexibel.

Medien hergestellt. Deshalb hat die öffentliche Diplomatie zweifellos an Bedeutung gewonnen. Das haben wir bloss noch nicht begriffen.

Sie wollen nicht nur die Diplomatie, sondern auch das politische System der Schweiz ändern. Sie plädieren für ein neues Regierungssystem mit einem vom Volk gewählten Bundespräsidenten.

Das Schweizer Regierungssystem ist nicht mehr zeitgemäss – es ist zu träge, zu langsam und zu wenig flexibel. Ein gutes Krisenmanagement ist ebenso unmöglich wie eine intelligente Interessenpolitik. Wir brauchen mehr Leadership. Deshalb bin ich für einen vom Volk für vier Jahre gewählten Bundespräsidenten plus einen Vizepräsidenten, der aus einem anderen Landesteil stammt. Den beiden untergeordnet sind dann Minister, die von ihnen bestimmt werden und vom Parlament bestätigt werden.

Wollen Sie die Schweiz amerikanisieren? Dieser Vorschlag dürfte gegenwärtig nicht unbedingt auf grosse Gegenliebe stossen.

Lassen wir die Denkschablonen. Wir haben ja 1848 das amerikanische System übernommen – mit einer Ausnahme: wir haben anstelle des Präsidenten ein Siebnerkollegium von gleichberechtigten Kollegen eingesetzt. Dieses Modell haben wir aus der Helvetik übernommen, aus einer Zeit also, auf die wir nicht unbedingt stolz sind. Dieses konsensorientierte Modell mag im ruhigen, freisinnig dominierten 19. Jahrhundert funktioniert haben, in der heutigen Zeit ist es völlig untauglich.

Warum denn?

Jeder Bundesrat versucht sich auf Kosten der anderen sechs Kollegen zu profilieren. Auch das Auswahlverfahren ist falsch. Ein Sozialdemokrat wird keinen brillanten Liberalen wählen, und ein Liberaler scheut einen waschechten Sozialisten wie der Teufel das Weihwasser. Dieses System kann kein Leadership entwickeln, und ohne klare Führung lassen sich keine Prioritäten bestimmen. Man schaukelt hilflos wie ein Blatt im Wind. Dabei müssen wir wissen: der Wind wird rauher, es werden weitere Krisen auf uns zukommen.

Mag schon sein. Auch in der Regierungsfrage müssen wir eben erklären, wie unser System funktioniert... ...glauben Sie im Ernst, der amerikanische Präsident sei willens, sich jedes Jahr aufs neue zu fragen, wer denn gerade der amtierende Bundespräsident sei? Und selbst wenn er es wüsste, er könnte mit dem Bundespräsidenten gar nicht auf Augenhöhe verhandeln, weil dieser nichts allein entscheiden kann. Deshalb brauchen wir einen Bundespräsidenten mit Entscheidungsbefugnis. Der Vizepräsident würde das Aussendepartement übernehmen. So würde auch das diplomatische Korps wieder mehr Gewicht erhalten. Die Diplomaten könnten wieder gezielt an der Geltungskraft des Landes Schweiz arbeiten, Freunde und Netzwerke schaffen und unsere Interessen vertreten.

Ihr Vorschlag steht im Widerspruch zum politischen System der Schweiz, das Sie selbst beschrieben haben: einem System, das auf der Zersplitterung der Macht beruht.

Finden Sie? Man sagt, wir Schweizer hätten eine Aversion gegen Leadership. Das stimmt doch nicht. Wir haben in der Wirtschaft Führungsfunktionen. Und wir haben auch in der Geschichte immer wieder Führungsfiguren gehabt. Manchmal hat man sie geköpft, wie Hans Waldmann, Bürgermeister von Zürich. Aber man war ihnen auch dankbar, wenn sie ihre Arbeit

taten, wie Henri Guisan zur Zeit des Zweiten Weltkriegs. Es ist die politische Struktur, die auf Durchschnittlichkeit angelegt ist. Das passt nicht mehr ins 21. Jahrhundert.

Die Lichtgestalt, die alle Probleme löst, existiert nicht.

Der Mann und die Frau auf der Strasse haben genug von diesem Regierungssystem. Ich will mit meinen Vorschlägen eine Debatte befruchten, die wir jetzt führen müssen. Wie können wir in der Welt von morgen bestehen? Wie bringen wir wieder gute Leute statt braver Kompromisskandidaten, die es allen recht machen wollen, in unsere Regierung? Wenn wir weiter herumwursteln, wird den Bürgern irgendwann der Kragen platzen.

Sie übertreiben.

Keineswegs. In der Schweiz sind fundamentale Veränderungen nur in Krisensituationen möglich. Es war Napoleon, der die moderne Schweiz geschaffen hat. 1848 veränderte ein Bürgerkrieg das Land. 1874 hatte man die Nase voll und schuf die direkte Demokratie. Es braucht immer tiefe Krisen, damit sich etwas bewegt.

Möglichst gut regieren heisst möglichst wenig regieren. So hat Michel Foucault einmal die Grundidee des Liberalismus definiert. Sie fordern nun mehr politische Einflussnahme. Wie geht das zusammen?

Wir brauchen keine stärkere Innen-, sondern eine stärkere Aussenpolitik! Ich will ja nicht den Föderalismus oder die direkte Demokratie antasten. Aber der Wettbewerb der Länder dieser Welt wird in den nächsten Jahrzehnten weiter zunehmen. Es handelt sich um einen umfassenden Wettbewerb zwischen Standorten, zwischen Volkswirtschaften, aber auch zwischen Individuen. Wenn wir uns in diesem Umfeld behaupten wollen, müssen wir handlungsfähig sein. Deshalb brauchen wir ein neues System mit einem starken, entscheidungsbefugten Bundespräsidenten an der Spitze.

Wer sind unsere künftigen Partner?

Ich gehöre zu den alten Diplomaten, die sagen: Länder haben keine Freunde. Länder haben Interessen. Folglich geht es darum, Allianzen mit Ländern und Regierungen zu bilden, die ähnliche Interessen vertreten wie wir. Im Vordergrund steht natürlich die EU. Wir müssen bessere Beziehungen zu Deutschland und tragfähige Beziehungen zu Frankreich aufbauen. Schauen Sie sich einmal an, wieviele Besuche Schweizer Bundesräte in Deutschland und wieviele Besuche

sie weiss der Teufel wo machen. Das ist völliger Verhältnisblödsinn! Unsere wichtigsten Partner sind unsere Nachbarn.

Die Schweiz ist ein stark globalisiertes Land. Auf wen können wir sonst noch zählen?

Die baltischen Staaten und die Länder Mittel- und Osteuropas sind natürliche Alliierte der Schweiz. Sie bremsen den Zentralisierungsdrang von Brüssel und einiger EU-Staaten. Die haben schon einmal 40 Jahre Sozialismus erlebt und wollen um jeden Preis vermeiden, dass sich die Geschichte wiederholt. Natürlich bleiben auch die USA ein entscheidender Partner. Wir können nicht alle zehn Jahre in eine Krise schlittern und sagen, die Amerikaner lieben uns nicht. Im 19. Jahrhundert hiess es, wir seien *sister republics*. Und jetzt wissen die Amerikaner nicht mehr, ob wir Schweden oder Swaziland sind. Es gibt sicherlich auch in Asien und Lateinamerika Allianzen, die wir bilden können. Es ist ja ein grosser Schandfleck der Schweizer Diplomatie, dass wir nicht zur G20 gehören. Da gibt's Länder wie Argentinien oder Indonesien, die über die künftige Finanzweltordnung bestimmen, ohne einen funktionierenden Finanzplatz zu haben. Und wir Schweizer sind nicht dabei.

Wo sehen Sie die nächsten Angriffe auf die Schweiz?

Im Bereich Finanzplatz wird der Druck weiter zunehmen. Wer meint, das schlimmste sei überstanden, ist naiv. Es werden andere Länder kommen, Kanada, Deutschland, Frankreich. Logisch. Die wollen jetzt dasselbe wie die USA.

Es geht weiter.

Auch in anderen Bereichen dürfte die ausländische Drohkulisse imposanter werden, zum Beispiel im Bereich der Steuern. Die EU-Länder können ihre Staatsschulden ja nur bezahlen, wenn sie die Steuern drastisch erhöhen. Also werden Unternehmen abwandern, und das versucht die EU natürlich zu verhindern, indem sie andere Länder zwingt, ihre Steuern ebenfalls zu erhöhen.

Das sind nicht eben rosige Aussichten.

Wir haben keinen Grund, Trübsal zu blasen. Der grosse Vorteil ist ja, dass die Schweiz relativ gut auf die Wirtschaftskrise vorbereitet war. Die Unternehmen hatten wenig Schulden. Und der Staat hat verhältnismässig wenig neue Schulden gemacht. Wir haben bessere Startvoraussetzungen als unsere Konkurrenten. Nutzen wir sie!

THOMAS BORER, geboren 1957, ist promovierter Jurist. Von 1999 bis 2002 war er Schweizer Botschafter in Berlin. Heute arbeitet er als Unternehmensberater in der Schweiz, Deutschland und den USA und ist u.a. Verwaltungsrat der Renova Holding.

Unsere Zukunftschancen sind absolut intakt. Doch müssen wir uns auf die schweizerischen Stärken besinnen.

2 Die Schweiz hat Zukunft

Christoph Blocher

Ganz allgemein wird es unter unseren Politikern üblich, Erpressungen und Drohungen aus dem Ausland nachzugeben, obwohl Widerstand gefragt wäre. So beispielsweise gegenüber den USA, gegenüber der OECD oder gegenüber Libyen, um nur die jüngsten Beispiele zu nennen.

Verhalten sich unsere Politiker gegenüber ausländischen Staaten passiv und devot, droht die Schweiz deren Respekt zu verlieren. Dabei werden wichtige Staatssäulen des Landes missachtet oder zumindest in Frage gestellt. Die *classe politique*, also Leute, die in Wirtschaft und Politik das Heft in den Händen haben sollten, ist offensichtlich verunsichert und überfordert. Die Ruder sind ihr entglitten.

Die Bevölkerung reibt sich die Augen, am Stammtisch wird geschimpft und geflucht: «Mir händ ä Sauerei z Bern!» Wie ist das alles zu werten?

Wer die Schweizer Geschichte kennt, weiss, dass dies in der Schweiz auch schon vorgekommen ist. Tröstlich ist: in solchen Situationen der Orientierungslosigkeit fand immer wieder ein Neuanfang statt, wenn sich die Schweiz auf sich selbst, auf ihre Stärken und ihre Eigenständigkeit besann. Dabei erfolgte der Anstoss regelmässig von unten aus dem Volk. Die Schweiz ist eben glücklicherweise wesentlich mehr als die *classe politique* in Bern.

Gerade in der heutigen Zeit erstaunt das kleintüchtige Gebaren der Politiker; denn der Kleinstaat Schweiz ist wirtschaftlich und politisch im Vergleich zum Ausland in einer wesentlich besseren Situation. Trotzdem sind Regierung und zahlreiche Führungsleute daran, die tragenden Grundsäulen leichtfertig preiszugeben. Glückli-

cherweise wehrt sich dagegen (noch) die breite Bevölkerung.

Dabei wäre alles so einfach. Der Kleinstaat Schweiz hat dank seines Föderalismus (der dem verhängnisvollen, bürokratischen und bürgerfernen Zentralismus entgegenwirkt), dank seiner direkten Demokratie (die Politiker und Bürokraten immer wieder dazu zwingt, an die eigenen Bürger zu denken), dank einer freiheitlichen Verfassung (die die Selbstverantwortung des Bürgers in den Mittelpunkt stellt und die Erhöhung der Bundessteuern vom Volks- und Ständemehr abhängig macht), dank einer klugen Aussenpolitik ausgehend von der Devise der dauernden bewaffneten Neutralität (mit der jahrhundertealten Tradition «Mischet Euch nicht in fremde Händel!») und dank einer gleichzeitig freundschaftlichen und bescheidenen Weltoffenheit (die als Rechtsstaat vorbildlich und fremden Mächten gegenüber nicht moralistisch agiert) seine hervorragende Stellung erreicht.

Dank all diesen – wenigen – Grundsätzen steht die Schweiz soviel besser da. Der Vorsprung gegenüber dem Ausland dürfte sich erhöhen durch die zunehmende Versozialisierung und Verinternationalisierung in den ausländischen Staaten und die dadurch fehlende Übersichtlichkeit und Bürgerferne der politischen Betriebsamkeit – immer sofern die Schweiz all diesem Unsinn nicht auch nacheifert!

Wenn die Schweiz sich auf ihre Tugenden besinnt, erhöhen sich ihre Zukunftschancen beträchtlich. Ist es ein Zufall, dass Zehntausende von Menschen aus den umliegenden Ländern in der Schweiz Arbeit und Wohnung suchen? Es bleibe ihnen mehr zum Leben und mehr Freiheit, sagen sie. Ist es ein Zufall, dass internationale Firmen ihre Sitze in der kleinen Schweiz (im für die Schweizkritiker angeblich so isolierten Land) aufschlagen? Die Standortvorteile gegenüber anderen Staaten überwiegen, sagen sie.

Das Festhalten an einer freiheitlichen Staatsordnung sollte uns, wenn wir die Weltgeschichte, die Vergangenheit und die Gegenwart anschauen, eigentlich leichtfallen. Struktur- und Regierungsreformen brauchen wir nicht, vielleicht aber weisere und fähigere Politiker, die ihr Land kennen.

CHRISTOPH BLOCHER, geboren 1940, ist Unternehmer, alt Bundesrat und Vizepräsident der Schweizerischen Volkspartei (SVP).

Unseren Reichtum verdanken wir der Qualitätsarbeit der kleinen und mittleren Unternehmen. Unser Bildungssystem bietet die besten Voraussetzungen dafür. Bleiben wir ihm treu.

3 Bildung macht den Unterschied

Rudolf Strahm

Kaum ein Land in Europa ist sprachlich, konfessionell, geographisch derart zerklüftet und vielfältig wie die Schweiz. Dass sie seit Jahrhunderten existiert, liegt in der steten Rücksicht auf Minderheiten und im Bemühen um den sozialen Zusammenhalt innerhalb des Landes.

Doch dies allein konstituiert noch nicht unsern Reichtum. Es garantiert nicht unsere Spitzenposition in der internationalen Konkurrenzfähigkeit. Warum sind wir so reich geworden? Und warum werden wir auch im Zeichen der Globalisierung in Zukunft – hoffentlich – reich bleiben?

Die Stärke der schweizerischen Wirtschaft kommt nicht von den Banken, nicht von der Finanzdreh Scheibe, wie viele Ausländer clichéhaft unterstellen. Die hohe Wirtschaftskraft kommt vielmehr aus der Vielfalt zahlreicher starker Branchen. Sie entsteht auch in den kleinen und mittleren Unternehmen (KMU), die bei uns zusammen mehr als 99 Prozent aller Firmen und mehr als zwei Drittel aller Beschäftigten umfassen.

Die gemeinsame Stärke aller Wirtschaftszweige liegt, quasi branchenübergreifend, in erster Linie in der Qualitätsarbeit, in der Fähigkeit zu Präzision, Zuverlässigkeit, Termintreue, massgeschneiderten Lösungen und Nischenprodukten. Woher kommen denn diese Qualitäten? Diese Swissness der Qualitätsarbeit liegt seit Generationen begründet im schweizerischen Berufsbildungssystem, in der Berufslehre mit seiner Kombination von betrieblich-praktischer Ausbildung und Wissensaneignung in der Berufsfachschule.

In der Berufslehre werden auch praktische Intelligenz, technische Fähigkeiten und die sozialen Kompetenzen von Menschen entwickelt. Viele

Leute sind nicht in allen schulischen Fächern stark, und bei einem rein schulischen Ausbildungsweg fallen sie dann durch alle Netze. In andern Industrieländern, die kein Berufsbildungssystem kennen, landen sie in der Arbeitslosigkeit und werden aus der Gesellschaft gedrängt. Die im internationalen Vergleich tiefen Arbeitslosenquoten und die niedrige Jugendarbeitslosigkeit sind klar das Verdienst der Berufslehre.

Viele Akademiker mit einem rein schulischen Bildungsweg kennen die Berufslehre nicht genau. Sie verkennen die Weiterbildungsstufen nach der Berufslehre: die Berufsmaturität, die höheren Fachprüfungen, die Höheren Fachschulen und die Fachhochschulen. Deren Abgänger sind heute auf dem Arbeitsmarkt begehrter als die Universitätsabsolventen.

Die Berufslehre muss auch in Zukunft die Basis und das Rückgrat unseres Bildungssystems bleiben. Allerdings braucht es auch in diesen Ausbildungsgängen einen leicht höheren schulischen Anteil für den Erwerb von Sprachkompetenz, Fremdsprachen und Schlüsselkompetenzen (wie Kommunikations-, Team- und Konfliktfähigkeit). Kann das schweizerische Modell des Bildungssystems in der Zukunft bestehen? Oder braucht es, wie dies gewisse akademische Kreise fordern, eine markante Erhöhung der vollschulischen Ausbildungsgänge und der Maturitätsquote?

Industrieländer, die 50, 70 Prozent der Jugendlichen in eine vollschulische gymnasiale Ausbildung schicken und daneben keine berufspraktische Bildung (Berufslehre) anbieten, haben viel höhere Arbeitslosenquoten, einen stärkeren Industrieabbau und tiefere Arbeitsproduktivitäten als die Schweiz mit ihrem Berufsbildungssystem. Bildungspolitisch sind sie für uns kein Vorbild.

Bildung, Ausbildung und Forschung sind strategisch der wichtigste Faktor, mit dem sich ein hochentwickeltes Industrieland wie die Schweiz behaupten kann. Die Globalisierung erzwingt ständige technische Innovation und Strukturwandel. Das Berufsbildungssystem ist mindestens ebenso fähig, den technischen Wandel zu bewältigen, wie die akademischen Bildungsgänge. Das haben die letzten zehn Jahre bewiesen. Und das wird auch im kommenden Jahrzehnt der Globalisierung so bleiben.

RUDOLF STRAHM, geboren 1943, ist Nationalökonom, Chemiker, alt Nationalrat (SP) und Autor von «Warum wir so reich sind: Wirtschaftsbuch Schweiz» (2008).

Zurückhaltend. Aber auch geschäftstüchtig. Misstrauisch. Aber auch höflich. Zaghafte. Aber auch freiheitsliebend. So sehen die Deutschen (und andere Nichtschweizer) die Schweizer, dieses merkwürdige Volk inmitten Europas.

4 Ein unbekanntes Land

Wolfgang Sofsky

Jenseits des Flusses liegt ein unbekanntes Land. Man weiss hierzulande wenig von ihm, und je weiter nördlich man seinen Wohnsitz hat, desto geringer sind die Kenntnisse. Seltene Nachrichten und Legenden vermischen sich mit Phantasien, Zerrbildern, Klischees und Sehnsüchten.

Früher kamen von dort streitbare Reisläufer. Die Spiessgesellen lehrten die Eisenritter Europas das Fürchten. Über Jahrhunderte erkämpften sich die Einwohner die Souveränität vom Heiligen Reich. Sie begehrten gegen die Fronvögte auf und schworen einander ewige Treue. Zum Andenken veranstalten ihre Nachfahren alljährlich ein Freiheitsfest, wobei Väter ihren Söhnen kleine Äpfel von Kopfe zu schiessen pflegen.

Von Aufständen, Revolutionen und Tyranneien blieb das Land seit längerem verschont. Einen Generalstreik schlug das Militär nieder, Jugendkrawalle wurden von der Polizei aufgelöst. Der Bürger- und Klassenkrieg, der andernorts viele Opfer kostete und zu totalitären Diktaturen führte, fand im Land der Berge nicht statt. Seit Jahrzehnten liegt dort das politische Gewaltniveau weit unter dem europäischen Durchschnitt. Damit mag es zusammenhängen, dass bereits robuste Wortgreiflichkeiten prompt beleidigte Empörung und Appelle an den Hausfrieden auslösen.

Ob das Land heutzutage eine Regierung hat, ist unbekannt. Sollte jemals ein Minister die deutsche Hauptstadt besucht haben – es war den Zeitungen keine Meldung wert. Ob das Land eine Opposition hat, ist unwahrscheinlich. Von Zeit zu Zeit hört man von Befragungen, zu denen das Volk an die Urne gerufen wird, eine Sitte, so die Meinung hiesiger Gelehrter, die allen-

falls für Stadtstaaten oder Gebirgsdörfer taugte, nicht aber für grosse Flächenstaaten, in denen die Wege weit sind und der Mehrzahl ohnehin nicht zu trauen ist.

Dass man hinter dem Fluss das Volksvotum bevorzugt, beweist einmal mehr, dass Obrigkeiten beargwöhnt und Streitigkeiten missbilligt werden. Kollektive Torheiten nimmt man eher in Kauf als kollektive Konflikte. Feinde mag man ebensowenig wie Fremde. Zwist soll stets der Sache gemäss, ohne Ansehen der Person und ohne Grimm und Gegensatz gelöst werden. Da man den Zank der Parteien verachtet, ist man, so war jüngst zu vernehmen, dazu übergegangen, in der Ratsversammlung regelmässig die Plätze zu tauschen und einander die Ansprache des Gegners vorzulesen. Auf diese Weise sollen die Abgeordneten alsbald zu gutem Einvernehmen kommen und jene Mässigung des Denkens erlangen, die in den Köpfen derjenigen so sehr zu wünschen wäre, die einzig zu dem Zweck auf die Welt gekommen zu sein glauben, den Lauf der Welt und das Leben der Mitmenschen überwachen und lenken zu müssen.

Gegenüber Fremden zeigt man sich, so berichten Besucher nach der Rückkehr, höflich und zurückhaltend. Selten verliere sich jedoch der Eindruck, die Einheimischen hätten etwas zu verbergen. Viele Sprachen sind in den Städten zu hören. Mit den Fremden aus dem Norden können sich die Einheimischen unschwer verständigen, aber oft wechseln sie mitten im Gespräch in eine ihrer Landessprachen, weil sie unter sich sein wollen.

Wer hinter der Grenze die Schnellstrasse benutzt, muss zuerst eine Eintrittsgebühr entrichten. Freie Fahrt gibt es hier für freie Bürger nicht. Dies verleidet nicht wenigen Besuchern weitere Erkundungen. So rasch wie möglich fahren sie von einem Ende des Landes zum anderen. Einen längeren Aufenthalt glauben sie sich ohnehin nicht leisten zu können. Um keine Minute zu verlieren, passieren sie finstere Tunnels, die erst nach vielen Kilometern wieder ans Tageslicht führen.

Im Hochgebirge scheint eine unsichtbare Welt verborgen. So mancher Weg endet abrupt vor einer verschlossenen Eisenpforte in der Bergwand. Wie man hört, verbirgt sich dahinter ein zweites Reich unter Tage, ein weitläufiges Labyrinth in Stein und Kristall, ausgestattet mit Gold, Silber und Diamant für das Leben in Unsterblichkeit. Alle Schätze sind hier aufbewahrt, die man vor den Invasoren ringsum retten wollte. Diese Welt war einst den Wehrmännern vorbe-

halten. Frauen und Kinder wollte man im Ernstfall den fremden Eindringlingen überlassen.

Von Kriegen blieb das Land zuletzt verschont. Bis heute beharrt man auf strikter Neutralität und pflegt gute Beziehungen zu jedermann, auch zu Oldespoten, Theokraten und Massenmördern. Der nachsichtigen Gastfreundschaft verdankt Deutschland das Wunder eines Fussballsiegs, das die Nation bis heute als Wiedergeburt feiert. Die Neutralität verschafft den Gesandten des Berglandes allseitiges Vertrauen. Im Krisenfall bleiben sie bis zuletzt an Ort. Selten nur haben sie etwas zu befürchten. Das Land mischt sich nicht ein, überlässt das Kämpfen anderen Nationen und sorgt sich statt dessen um die Verluste.

Seit langem beherbergt das Land internationale Einrichtungen, deren Bedienstete vorgeben, im Weltauftrag zu handeln. Obwohl klein an Territorium und Bevölkerung, scheint der Horizont im Bergland weit gesteckt. Vom Gipfel reicht der Blick weit über den Globus. Unterm freien Himmelsdache lässt es sich trefflich träumen vom Weltstaat, von allseitiger Eintracht oder vom Generalwillen der Menschheit. Um derlei ideale Gesinnung wird das Land von vielen Deutschen beneidet. Ist man dort nicht ziemlich frei von historischer Schuld und misslichen Schulden? Man muss sich keiner nationalen Verbrechen erinnern, kann sich aus akuten Widrigkeiten heraushalten und so Generation für Generation den Aufstieg zur moralischen Perfektion fortsetzen. Abseits der Geschichte lebt man dort, erhaben über niedere Interessen und Instinkte, inmitten einer Sphäre von Alpenglühen, Glockengeläut und Horngetön.

Obwohl man Abgrenzung schätzt, hat das Land Fremden wiederholt Zuflucht gewährt: Soldaten und Revolutionären, Grenzflüchtlingen, Verfolgten, hochfliegenden Geistern. So mancher wurde jedoch abgewiesen oder fristgerecht zurückgesandt. Um spätere Misshelligkeiten zu vermeiden, gewährt man heute vorzugsweise Begüterten Asyl. Hierzulande hat man in den besseren Kreisen die Villen mit See- und Bergblick seit je geschätzt. Der gemeine Mann jedoch war noch nie gut auf die Emigranten zu sprechen, die er selbst über die Grenze getrieben hat. Für Betrüger, Bankrotteure und Profiteure, für Grossschreiber und Vielsprecher hält er die Prominenten, die in den letzten Jahrzehnten ihr Domizil jenseits des Flusses gewählt haben.

Manche Ortschaften geniessen noch immer den Ruf des Mondänen. Zur Saison sieht man

Fürstehäupter, Filmsternchen und sonstige bedeutende Personen in modischen Jacken und Sonnenbrillen auf schmalen Brettern stehen. Offenbar bereitet es dieser Spezies besonderes Vergnügen, vom Gipfel des Daseins versuchsweise einen Berghang hinabzurutschen.

Nicht nur für eigenwillig, freiheitsliebend, zaghaft und sittenstreng hält man hierzulande die Einwohner des Berglandes, sondern auch für geschäftstüchtig. Ein sagenhafter Wohlstand scheint dort zu herrschen. So gut geht es den Leuten, dass sie Schokolade, Käse und Kondensmilch, Fleisch und Joghurt in grossen Mengen den Fluss hinabschaffen. So robust ist ihre Gesundheit, dass sie den Rest Europas mit Arzneien und Tinkturen jeder Art versorgen. So präzise ist ihr Sinn für die Mechanik der Dinge, dass sie Kanonen, Messer und Uhren mit vielerlei Komplikationen in die gesamte Welt verschicken. Wo knappe Zeit zu messen ist, benutzen Menschen eine Uhr aus dem Bergland, bei Sportwettkämpfen und Weltraumflügen, bei Konferenzen und Kopulationen.

Mit Solidität und Diskretion werben Vertreter des Werk- und Bankplatzes für ihre Dienste, und die Welt glaubt nur zu gern daran, weil sie sich auf dem Erdball zumindest eine Adresse wünscht, wohin man sich im Notfall noch wenden kann.

So ausgeprägt ist der Sinn für Schätze und Schätzungen, dass viele Weltbürger ihr Geld in den geheimen Tresoren des Berglands verwahren lassen. Mit Solidität und Diskretion werben Vertreter des Werk- und Bankplatzes für ihre Dienste, und die Welt glaubt nur zu gern daran, weil sie sich auf dem Erdball zumindest eine Adresse wünscht, wohin man sich im Notfall noch wenden kann.

Da sich bei einem so einigen Volk, das von Natur zur Ausübung jeder Tugend geneigt ist, das sich gänzlich der Sitte und Gesinnung verschrieben hat und sich im friedvollen Verkehr anderen Nationen verbunden weiss, nur wenige Ereignisse von einiger Bedeutung zutragen, lässt sich das Land hinter dem Fluss zweifellos glücklich schätzen. Die Zeit vergeht dort langsamer als andernorts, und so dauert es länger, bis sie zu Ende ist.

WOLFGANG SOFSKY, geboren 1952, ist freier Autor und Professor für Soziologie. Jüngst sind von ihm «Das Buch der Laster» (2009) und «Verteidigung des Privaten» (2007) erschienen.

Direkte Demokratie, Föderalismus, Neutralität und sprachlich-kulturelle Vielfalt, diese vier Säulen bilden den Sonderfall Schweiz. Das Modell wäre heute, in einer globalisierten Welt, erfolgversprechender denn je. Aber dafür müssten wir es selbst besser kennen.

5 Sonderfall und Globalisierung – eine erfolgversprechende Kombination

Paul Widmer

Ich möchte folgende These aufstellen: Die Schweiz ist ein Sonderfall, und je mehr sie diesen pflegt, desto mehr ist sie für die Herausforderungen der Globalisierung gewappnet. Diese These stösst, ich weiss, auf wenig Zustimmung. Denn jene, die am Sonderfall Gefallen finden, halten meist wenig von Globalisierung, und die anderen, die für die Globalisierung eintreten, rümpfen über den Sonderfall die Nase. Man kehrt sich gegenseitig den Rücken zu. Dennoch hat der Sonderfall Sinn. Er ergänzt andere Modelle staatlicher Ordnung mit zukunftsweisenden Elementen.

Die Schweiz ist nicht ein Sonderfall, weil es sich einfach so ergeben hat. Sie hat vielmehr ihr Staatswesen seit ihrer Gründung bewusst nach bestimmten Grundsätzen gestaltet. Diese beruhen auf dem Vorrang von Freiheit und Selbstverantwortung. Das Streben nach staatlicher Macht und Grösse, ein äusserst wichtiger Faktor bei der Staatsbildung in den Nachbarländern, spielte dagegen eine untergeordnete Rolle. Die Eidgenossen schworen nicht, wie im Mittelalter üblich, einem adligen Herrscher Treue, sondern sie nahmen den Schutz und Trutz in die eigenen Hände. Sie schworen den Eid sich selbst. Das war erstaunlich – und noch erstaunlicher, dass sie sich inmitten der Adelswelt zu behaupten wussten.

Warum setzte sich die Demokratie im Spätmittelalter nur in der Schweiz durch? Warum war die Schwurgemeinschaft nur dort staatsbildend? Die verfassungsgeschichtliche Sonderentwick-

lung der Schweiz beruht auf einem einzigartigen Bündnis von Stadt und Land. Das gab es nur in der Eidgenossenschaft. Anderswo fanden die Städte keine Partner. Die Bauern waren ja unterdrückt, nicht zuletzt durch die Städte selbst. Nur um den Vierwaldstättersee herum hatten sich selbständige und genossenschaftlich organisierte bäuerliche Territorien gebildet. Diese Landorte sollten eine wichtige Rolle spielen. Sie gaben mit ihren uneinnehmbaren Tälern den Städten den nötigen Rückhalt, und sie stellten die gefürchteten Krieger. Denn die Städte allein waren, wie das Schicksal der italienischen Stadtrepubliken und der deutschen Reichsstädte beweist, nicht fähig, sich gegen die Fürsten zu wehren.

Mit der Zeit erwachsen, da das Freiheitsstreben und die Selbstverantwortung nachhaltig umgesetzt wurden, helvetische Tugenden wie Einvernehmlichkeit, Bedächtigkeit oder Sparsamkeit in öffentlichen Dingen. Es entstand eine eigene politische Kultur. Diese ist gekennzeichnet durch ein hohes Bürgerengagement, den Vorrang von Konsensverfahren und eine bemerkenswerte Zurückhaltung in aussenpolitischen Angelegenheiten. Doch das entscheidende Kriterium ist die Freiheit. Die Schweiz als Sonderfall steht und fällt mit dem Grad an Freiheit und Mitwirkung, den sie ihren Bürgern verschafft. Die Freiheit muss, um die eigenständige Existenz zu rechtfertigen, höher sein als in den Ländern ringsum. Sollte dies nicht mehr zutreffen, dann hätte sich der Sonderfall Schweiz überlebt.

Die Schweiz repräsentiert eine Idee, ihre Existenz veranschaulicht eine besondere Art von Staatswesen und politischer Kultur. Sie verwirklicht wie kein anderes Land eine bürgerzentrierte Ordnung, eine Republik von unten her aufgebaut, eine Demokratie, in der der Bürger über mehr Rechte verfügt als anderswo. Falls sie das nicht mehr tut, würde sie gewiss nicht untergehen. Aber sie wäre nicht mehr das, was sie war. Sie hätte wohl den Namen behalten, jedoch die Sache verloren. Eine solche Schweiz hätte mit der ursprünglichen etwa gleich viel gemein wie das heutige Athen mit dem antiken.

Der Sonderfall – oder wie dessen Verächter sagen würden: die Sonderfallideologie – missfällt freilich vielen. Da sind einmal diejenigen, die wenig von Geschichte, Mentalitäten und staatspolitischen Ideen halten. Folglich bedeutet ihnen auch der Sonderfall nicht viel. Dieser weist dann mehr Nachteile als Vorteile auf. Machtpolitisch betrachtet macht er in der Tat wenig Sinn. Ein Kleinstaat ist massiveren Druckversuchen ausge-

setzt als ein Grossstaat. Aus dieser Sicht wäre es ratsamer, sich mit andern zusammenzuschliessen, um die strategischen Interessen in einem grösseren Verbund zu verteidigen. Auch rein wirtschaftlich gesehen kann man darüber streiten, ob sich der Sonderfall lohnt. Wer nur nackte Zahlen gelten lässt, dürfte eine negative Bilanz ziehen. Gewiss bietet der Föderalismus oder die politische Kultur der Schweiz etliche Vorteile. Aber insgesamt drängt es die Wirtschaft zu grösseren Einheiten. Die Schweizer Produzenten müssen die Nachteile eines kleinen Marktes mit Sonderanstrengungen wettmachen. Ebenso die Landesbehörden.

Schliesslich missfällt der Sonderfall den Kosmopoliten. Sie haben wenig Sinn für das Kleineräumige und würden es vorziehen, sich im Einklang mit dem europäischen Umfeld zu wiegen, statt es durch eine Alternative zu ergänzen. Der Sonderfall ist zudem ein fragiles Gebilde. Er ist von aussen wie von innen stets latent gefährdet. Von aussen mehren sich Sachzwänge und politischer Druck. Die Schweiz bezahlt fraglos für ihre Eigenständigkeit einen Preis. Aus dem Innern kommen die Gefahren von den Bürgern selbst. Denn die Eidgenossenschaft ist ein anspruchsvolles Staatswesen. Sie ermöglicht ihren Bürgern zwar eine einzigartige Mitsprache in Staatsachen, aber dafür fordert sie auch ein wesentlich höheres Engagement als eine parlamentarische oder präsidiale Republik, angefangen von den vielfältigen Rechten und Pflichten des Stimmbürgers bis zu den Tausenden von Ämtern, die im feinmaschigen Milizsystem zu vergeben sind. Die Schweiz lebt von der aktiven Mitarbeit der Bürger in Gemeinde, Kanton und Bund. Erlahmt diese, dann erlischt auch ein Staatswesen wie die Schweiz.

Dafür gibt es derzeit freilich keine alarmierenden Anzeichen. Aber gewisse Entwicklungen sollte man im Auge behalten. Die zunehmende Verstärkung fördert das Verständnis für die Gemeindeautonomie und das Milizwesen nicht. Verschiedene Untersuchungen belegen, dass der Sinn für das Gemeinwesen am besten in Gemeinden mit 3'000 bis 5'000 Einwohnern ausgebildet ist. Der Wille, Verantwortung für das Gemeinwesen zu übernehmen, schwindet dagegen in den zur Anonymität neigenden Agglomerationen. Man sollte sich deshalb überlegen, wie man die staatspolitisch nachteiligen Folgen dieser Entwicklung mit anderen Mitteln beheben kann.

Schliesslich weist das Schweizer Staatswesen auch beträchtliche Nachteile auf. Macht und Prestige lassen sich damit nicht entfalten. Es ist

das pure Gegenteil eines Machtstaats. Auf der Weltbühne wird ein solcher Staat immer eine zweitrangige Rolle spielen müssen. Das «Unbehagen im Kleinstaat», eine gewisse geistige Enge als Folge bürgerlicher Tugenden, lässt sich, wie Karl Schmid schon 1963 diagnostiziert hat, nicht weglegen. Der Kleinstaat vermag ein kräftiges Verlangen nach nationaler und kultureller Grösse nicht zu stillen. Aber diese Nachteile werden durch die Vorteile mehr als aufgewogen. Die Schweiz strebt primär nicht Macht nach aussen, sondern eine freiheitliche Ordnung nach innen an. Macht ist die höchste Priorität eines Grossstaats, Freiheit jene eines demokratischen Kleinstaats. Die Schweiz kann folglich nicht beides gleichzeitig haben – in der Innenpolitik die Vorteile eines Kleinstaats, in der Aussenpolitik das Prestige einer Grossmacht. Das eine setzt dem andern Grenzen.

Natürlich ist die Schweiz nicht in allem und jedem ein Sonderfall. In den meisten Belangen ist sie keiner. Die Schweizer leben und arbeiten

**Die Schweiz kann nicht beides gleichzeitig haben –
in der Innenpolitik die Vorteile eines Kleinstaats,
in der Aussenpolitik das Prestige einer Grossmacht.**

wie ihre Nachbarn jenseits der Landesgrenzen. Wer in Basel, Genf oder Chiasso über die Grenze fährt, kann kaum sagen, auf welcher Seite er sich befindet. Friede und Wohlstand herrschen ringsum. Das ist zu einem grossen Teil der EU zu verdanken. Dass sich der nationalistisch zerrissene Kontinent nach dem Zweiten Weltkrieg zum europäischen Einigungsprozess aufraffte, ist das beste, was passieren konnte.

Mit guten Gründen beteiligt sich die Schweiz konstruktiv an der Lösung internationaler Probleme und am Aufbau Europas – im gemeinsamen wie im eigenen Interesse. Nicht nur die rund 20 bedeutsamen bilateralen Verträge mit der EU belegen dies; das Schweizervolk selbst bezeugte es mehrmals eindrücklich an der Urne. Solches Verhalten stellt die europäische Zusammenarbeit auf ein solides demokratisches Fundament. Auch verbindet es Eigenständigkeit mit Grosszügigkeit. Und das ist unerlässlich. Wenn die Schweiz den Sonderfall aus Überzeugung pflegen will, dann muss sie ihn mit Grosszügigkeit paaren. Denn kleinliche Sonderlinge mag niemand.

Aber die Einsicht in die Notwendigkeit der internationalen Zusammenarbeit darf nicht dazu führen, dass man nun das, was die Schweiz von anderen Staaten unterscheidet, geschichtsblind verkennt. Denn im Staatswesen und in der politischen Kultur besteht ein grosser Unterschied. Und dieser zeitigt weitreichende Konsequenzen. Meines Erachtens ist ein EU-Beitritt einer Schweiz mit umfassenden direktdemokratischen Rechten nicht möglich. Der Hauptgrund liegt in folgendem: das Schweizer Staatswesen ist stark von direktdemokratischen Rechten geprägt, die EU hingegen ist das Produkt von Regierungsverhandlungen. Die Schweiz ist, so könnte man sagen, von unten her aufgebaut, die EU von oben. Das eine lässt sich mit dem anderen letztlich kaum vereinen.

Dennoch ist die Schweiz durchaus in der Lage, sich den internationalen Herausforderungen zu stellen, auch als Sonderfall. Ihre Tätigkeit wird im Ausland nicht zuletzt deshalb geschätzt, weil sie Eigenständiges zu bieten hat. Weltoffenheit und Eigenständigkeit schliessen sich nicht aus –

Die Schweiz ist von unten her aufgebaut,
die EU von oben. Das eine lässt sich mit dem
anderen letztlich kaum vereinen.

im Gegenteil, sie ergänzen einander häufig. Gerade das, was den Sonderfall ausmacht, namentlich die direkte Demokratie, der Föderalismus und die Mehrsprachigkeit, fördert die kosmopolitische Offenheit. Dazu drei Gründe.

Erster Grund. Die Schweiz ist offener, weil sie eine direkte Demokratie ist. Die politischen Rechte regen die Stimmbürger an, sich mit Sachfragen auseinanderzusetzen. Die Schweizer sind im allgemeinen gut informiert – besser als die Durchschnittsbürger in andern Ländern. Vor jeder Abstimmung sind sie gezwungen, Argumente abzuwägen. Die Auseinandersetzung mit den Abstimmungsvorlagen fördert das politische Interesse und das kritische Urteil. Sie aktiviert die Bürger. Nicht umsonst weist die Schweiz ein besonders dichtes Netz an zivilgesellschaftlichen Organisationen auf. Die Bürger greifen auch selbst Themen auf, die ihnen unter den Nägeln brennen. Sie reagieren oft rascher als ein Parlament. Die Schweizer debattierten den Umweltschutz schon intensiv, als die Parlamente anderer Länder davon noch kaum Notiz nahmen. Offen-

heit hat viel mit der Bereitschaft zu tun, sich argumentativ mit etwas auseinanderzusetzen. Das Schweizer System fördert diese Anlage.

Zweiter Grund. Die Schweiz ist offener, weil sie föderalistisch ist. Zweifellos hat der Föderalismus viele Nachteile. Er ist schwerfällig, entzieht sich gern der Systematik und behindert die Effizienz. Aber er weist auch einen unschätzbaren Vorteil auf: er verweigert sich der Einheitlichkeit und bietet stets mehrere Handlungsvarianten an. Für ihn gibt es nicht bloss eine einzige Art, wie man ein Problem lösen kann, sondern mehrere. Im Föderalismus kann man verschiedene Varianten vergleichen. Das erhöht die Chance, dass man die beste Lösung findet. Föderalistisch denken heisst: respektieren, vergleichen, abwägen, lernen. Man übt gewissermassen im nationalen Rahmen, was man im globalisierten Zeitalter universell anwenden sollte. Der Föderalismus fördert die geistige Offenheit.

Dritter Grund. Die Schweiz ist offener, weil sie eine Willensnation ist. In einer Willensnation müssen die Bürger ihren Willen zum Zusammenleben immer wieder bekräftigen. Das geschieht, indem sie die politischen Rechte ausüben und den gemeinsamen Staat mit neuen Inhalten legitimieren. Ernest Renan sagte, die Demokratie sei ein tägliches Plebiszit. Auf die Schweizer Demokratie trifft dies mehr zu als auf jede andere Form von Demokratie. Denn sie verfügt nicht wie die Sprach- oder Kulturnation sozusagen über ein natürliches Substrat. Die verschiedenen Sprachgemeinschaften müssen ihren Willen zur Nation immer wieder von neuem bezeugen. Eine Willensnation ist dynamisch angelegt, eine Sprach- oder Kulturnation dagegen eher statisch. Auch sonst hat die Offenheit viel mit der Mehrsprachigkeit zu tun. Abgesehen vom Rätoromanischen gehören die drei Landessprachen grösseren Sprach- und Kulturräumen an. Mit ungezwungener Selbstverständlichkeit nehmen die Schweizer an diesen drei Kulturräumen teil. Sie grenzen sich nicht mit einer Nationalsprache ab. Vielmehr öffnen ihnen die Sprachen den Weg nach aussen. Der geistige Austausch über die Landesgrenzen hinweg ist ins Schweizer Staatswesen eingebaut.

In Zukunft dürfte die Schweiz wohl noch weltoffener, weltwirtschaftlich noch verflochter werden. Nichts steht dem entgegen. Als Sonderfall ist sie dafür besonders gut gerüstet.

PAUL WIDMER,
geboren 1949,
ist Botschafter und
Ständiger Vertreter
der Schweiz beim
Europarat in Strassburg.
Er ist Autor von
«Die Schweiz als
Sonderfall. Grundlagen
– Geschichte –
Gestaltung» (2007).

Die Existenz einer eigenwilligen und eigenständigen Schweiz ist ein europäisches Bedürfnis. Das wissen die meisten Europäer insgeheim. Aber wissen es auch die Schweizer?

6 Penthouse Europas

Michael Stürmer

Die Alpen stehen noch. Aber aus dem heroischen Kleinstaat, der über die Jahrhunderte alles richtig machte, von der Abwehr fremder Vögte über die besonnene Demokratie bis zur immerwährenden Neutralität und behäbigem Massenwohlstand, ist eine Gemeinde der Kritik und des Selbstzweifels geworden. Je früher dieser Zustand überwunden wird, desto besser für die Schweiz – und für die Nachbarn.

Denn die Confoederatio Helvetica hat noch immer mehr zu bieten als den Gotthard, die Bahnhofstrasse und ein lädiertes Bankgeheimnis. Die Existenz der Schweiz, mit sich selbst im Gleichgewicht, bleibt ein europäisches Bedürfnis. Nicht allein wegen der stabilen Demokratie mit ihren Gewichten und Gegengewichten, des redlichen Zusammenlebens vierer durchaus unterschiedlicher Sprachgemeinschaften, der wirtschaftlichen Leistungskraft und der wissenschaftlichen Erfolge, sondern auch, weil die Schweiz den ausufernden Wohlfahrtsstaaten des übrigen Europa ein Modell der Selbstverantwortung und des Masshaltens vorführt. Von Genf bis St. Gallen ist es selbstverständlich, dass der Staat den Bürgern zu dienen hat, und jedes Referendum, auch das mühsamste, mahnt die Regierenden daran.

Nationale Interessen lassen sich nicht frei erfinden. Sie werden präformiert durch Lage und Geschichte eines Landes. So wie der britische Archipel bis heute von der Inselage bestimmt wird, so wird die Schweiz von den Alpenpässen geprägt. In schlechten Zeiten wird derlei deutlicher als in guten. Beide Länder tragen in ihrem kollektiven Gedächtnis die Vergangenheit und ihre Fährnisse.

Im Zweiten Weltkrieg wurde die Geographie schicksalhaft. Grossbritannien setzte dem «Unter-

nehmen Seelöwe» die Royal Navy, Spitfires und Radar entgegen, blockierte die geplante Invasion der Insel und nutzte die *special relationship* mit den Vereinigten Staaten, um das Kriegsglück zu wenden. Bis heute sind die Folgen zu spüren, ob in der globalen Zusammenarbeit im Bereich der *signals intelligence*, also der nachrichtendienstlichen Informationsbeschaffung, der das weltweite Aufklärungs- und Überwachungssystem «Echelon» dient, oder in der Integration der britischen nuklearen Abschreckung in die amerikanischen Systeme. Das alles hat tiefe Wurzeln in Sprache, Lebensformen und Kultur, geht auf altes *balance of power*-Denken zurück und erklärt bis heute die Distanziertheit der Briten zum europäischen Projekt: Zollunion *de luxe* Ja, Integration Nein.

Die Réduit-Strategie von General Henri Guisan war die kühne Alternative zu hoffnungsloser Abwehr und Kapitulation. Guisan setzte nach der Flucht der Briten und der Niederlage Frankreichs 1940 auf Alles oder Nichts. Es ging nicht mehr um Verteidigung vom Bodensee bis zum Lac Lemman, seitdem die heimlich zugesicherten sieben französischen Einsatzdivisionen verloren waren und die Schweiz allein stand, umgeben von den Diktatoren – bis zum 22. Juni 1941 Stalin eingeschlossen.

Angesichts dieser nahezu aussichtslosen Lage entwickelte der kaltblütige General eine Strategie des kalkulierten Risikos zwischen Anpassung und Abschreckung: Anpassung, indem die Alpenpässe offen blieben für die Schienenkommunikation der Achsenmächte; Abschreckung, indem die Schweiz, wenn angegriffen, die Pässe gesperrt und die Transitachse unterbrochen hätte. Das Element der Abschreckung hat noch nach 1945 das Verteidigungsdispositiv der Schweiz bestimmt, diesmal allerdings begünstigt durch den Nordatlantikkpakt, die amerikanisch-britische Nuklearstrategie und die Zähmung der alten Dämonen Europas durch den Kalten Krieg. Das Element der Anpassung hat bis heute tiefe Spuren hinterlassen in Kritik und Selbstkritik der Schweiz, am sichtbarsten in den Kompensationszahlungen für jüdische Fluchtgelder aus Nazi-Deutschland, die damals vom Bankgeheimnis geschützt waren.

Geographie ist freilich nicht ein durch alle Zeiten unwandelbarer Faktor, den die Menschen nicht ändern können. Man kann damit haushalten, oder man kann die Gunst der Lage verspielen. Die Polen beherrschten im 17. Jahrhundert das litauisch-polnische Grossreich und waren am Ende des 18. Jahrhunderts von der politischen Landkarte verschwunden. Die deutsche Politik,

zwischen Überängsten und Übermut und religiös gespalten, fand seit dem Dreissigjährigen Krieg niemals auf lange Sicht die sicherheitstiftende Mitte. Frankreich füllte das Hexagon mit dem Anspruch: ein Gott, ein König, ein Gesetz, den die Revolution auf ihre Weise fortsetzte. Die Schweiz wusste unterdessen seit Marignano die äussere Neutralität mit dem inneren Gleichgewicht glücklich zu verbinden – unter maximaler Ausnutzung des kargen und zugleich schützenden Geländes.

Die Demographie kommt hinzu: nicht nur die Zahl der Bevölkerung, sondern auch deren Homogenität und Dichte trotz unterschiedlichen Kulturen, die Sprache und die Ethnizität, Religion, Sozialdisziplin und Fleiss, Bildungswillen, Organisation und Selbstorganisation. In alledem hat die Schweiz eine Eigenart entwickelt, die sich deutlich von denen der Nachbarn unterscheidet, im Aufbau der Verteidigung wie in Auswahl und Behandlung des Führungspersonals, so dass sie

Die Schweiz hat die Neutralität aus einem völkerrechtlichen Status zur militärischen Organisationsform und zur geistigen Lebensform gemacht.

von jenen überwiegend beneidet wird. Immer wieder diktieren die Deutschen den Demoskopen ins Protokoll, dass sie am liebsten Schweizer wären. Umgekehrt gilt das nicht – aus verständlichen Gründen.

Jedes Land hat seinen Sonderweg. Die Schweiz gehört zu den wenigen, die sich nicht, wie Italien als *grande proletaria*, oder wie Polen, Märtyrerin Europas, selbst bemitleidet und Klage gegen andere führt. In der Schweiz, anders als in Deutschland, hat die Frage noch nie eine Rolle gespielt, ob man nun zum Westen gehöre oder zum Osten oder aber die Berufung der Mitte habe. Die Schweiz hat die Neutralität aus einem völkerrechtlichen Status zur militärischen Organisationsform und zur geistigen Lebensform gemacht – das bedeutet, bei Bedarf allen und jedem gute Dienste zu leisten, eingeschlossen unappetitlichen Gestalten der internationalen Politik und der globalen Wirtschaft.

Grösse und Stärke der heimischen Wirtschaft, die sich längst im globalen Massstab bewähren muss, sind von entscheidender Bedeutung. Mit der Industrialisierung wuchsen Zürich und Win-

terthur in die Rolle bedeutender Zentren im Herzen Europas; seit den Erdbeben der Französischen Revolution wurden die Privatbankiers in Genf und anderswo Beichtväter des europäischen Geldadels – und sind es noch immer. In der Finanzwirtschaft, speziell im Versicherungs- und Rückversicherungsgeschäft, wussten die Schweizer Vertrauen hereinzunehmen und Sicherheit auszugeben. Erst mit dem intellektuellen und dann dem grossbürgerlichen Schweiz-Tourismus des 18. und 19. Jahrhunderts wurde aus der hungergeplagten Alpenwelt ein Pilgerort der Ruhe, des inneren Friedens, der moralischen und physischen Gesundheit – bis heute mehr als Heidiland und Davos. Die Schweiz wurde für Gerechte und Ungerechte das Penthouse Europas.

Das Bildungssystem ist, wo es an Rohstoffen fehlt, die entscheidende Kraftmaschine. Die Schweiz hat das früh durch allgemeine Volksbildung wie auch, aus Frankreich und der deutschen Staatenwelt inspiriert, durch Grundlagenforschung und technisches Leistungsstreben umgesetzt und dabei die philosophischen und publizistischen Standards nicht vernachlässigt: Jacob Burckhardt ist hier zu nennen, der mit den «Weltgeschichtlichen Betrachtungen» einem gesitteten süddeutsch-europäischen Konservatismus die Stichworte gab. Oder auch, in modernen Zeiten, die «Neue Zürcher Zeitung» oder, ohne falsche Bescheidenheit, die «Schweizer Monatshefte», die mit ihren wohlbedachten Kommentaren immer ein Leuchtturm der Vernunft waren.

Endlich und vor allem, die Lage in Europa. Es kann der Beste nicht in Frieden leben – so hat die Schweiz ihre Verteidigung von jeher organisiert –, wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt. An solchen hat es, von Habsburg über Karl den Kühnen bis zu Napoleon und dem Grossdeutschen Reich, meistens nicht gefehlt. Heute steht die Schweiz nicht in Gefahr, dass der Nachbar mit der Tür ins Haus fällt. Die Gefahren, die das Gewebe der Gesellschaft bedrohen, teilen die Schweizer mit ihren europäischen Nachbarn: Klimawandel, Völkerwanderungen, Terrorismus, Cyberwar. Der Umbruch vom Kalten Krieg zur neuen Weltunordnung hat die vordem intime Verbindung zwischen Armee, Geheimdienst, Banken und Wirtschaft erschüttert und eine Führungs- und Elitenkrise gezeitigt, deren Folgen noch kaum absehbar sind. Die Schweiz ist offener geworden für Elitekader von anderswo, namentlich Deutschland, aber auch für sich selbst weniger verlässlich: vom Swiss-Debakel bis zur doppelten UBS-Niederlage, in der Finanzkrise wie gegenüber dem

amerikanischen «Internal Revenue Service», hat es Massstablosigkeit und Führungsschwäche gegeben, deren Preis nicht in Franken aufzurechnen ist, sondern in Selbstbewusstsein und politischem Standing.

Die Schweiz darf die USA in Teheran vertreten, wo die Amerikaner seit 30 Jahren für den Gottesstaat als grosser Sheitan erhalten müssen. Das aber hat der Schweiz in Washington keinen besonderen Dank eingebracht. Die Schweiz lernt die hässliche Seite der Globalisierung kennen. Ist die EU die Antwort? Die Schweizer rätseln bis heute, ob deren 360-Grad-Umarmung erstickend sei oder belebend. Vor mehr als einem Jahrzehnt, als die Regierung einen Kompromissvorschlag ausgehandelt hatte mit sich selbst und mit Brüssel, lehnten die Landkantone den Beitritt zum EWR (Europäischen Wirtschaftsraum) ab, und die Industriekantone hatten das Nachsehen. Im Fürstentum Liechtenstein ging es anders aus: die Liechtensteiner sind mit der Schweiz via Währung und Wirtschaft untrennbar verbunden, aber zugleich mit der EU. Die Schweiz musste sich auf autonomen Nachvollzug zurückziehen und auf finanzielle Kontributionen an Brüssel: *taxation without representation*. Der Bundesrat hat seitdem – Blochers Erfolge regten nicht zu Wiederholungen an – ein Encore gescheut, um nicht durch eine neue Niederlage das System der *governance* zu delegitimieren.

Zum ruppigen Umgangston, der neuerdings von USA, Deutschland und anderen angeschlagen wird – keiner von ihnen ohne steuerpolitische Sünde –, kommt die Frage, ob die schweizerische Abstimmungsdemokratie mit dem Modus des aufgeklärten Absolutismus in Brüssel und durch Brüssel vereinbar sei. Der Schweizer Sonderweg ist, pragmatisch von Fall zu Fall durchzuhalten. Wenn aber, wie in den EU-Mitgliedstaaten, mehr als die Hälfte aller für Alltag und Lebensformen wesentlichen Regeln und Gesetze aus der Brüsseler Verordnungsmaschine kommen, dann büsst die Schweiz Selbstbewusstsein ein, Vertrauen zu sich selbst und jenen Zusammenhalt, der nirgendwo sonst in gleicher Weise das Gemeinwesen sichert. Es ist schwer zu sehen, wie die eidgenössische Sonderform der Demokratie überleben könnte im täglich wachsenden *acquis communautaire* aus Brüssel, gegenwärtig im deutschen Text 100'000 Seiten Gedrucktes.

Viele Europäer rundum bekennen ihre platonische Liebe zur Demokratie und praktizieren ein eher zynisches Verhältnis zur Regierungsgewalt, ob in Rom, Paris oder Berlin. Der kleine Mann

akzeptiert und praktiziert die Ökonomie unter dem Tisch, die Verkürzung von Steuern und Abgaben, die exzessive Nutzung undurchsichtiger öffentlicher Wohltaten. Der grosse Mann – oder auch die Frau – bedient sich nach dem Grundsatz «Das steht mir doch zu». Regierungen und Parlamente gehen mit anvertrautem Geld um, speziell zu Wahlzeiten, als hätten sie es geerbt. Man möchte nicht Enkel sein. All das hat im schweizerischen Sozialvertrag keinen Raum – oder, wenn doch, keine Billigung.

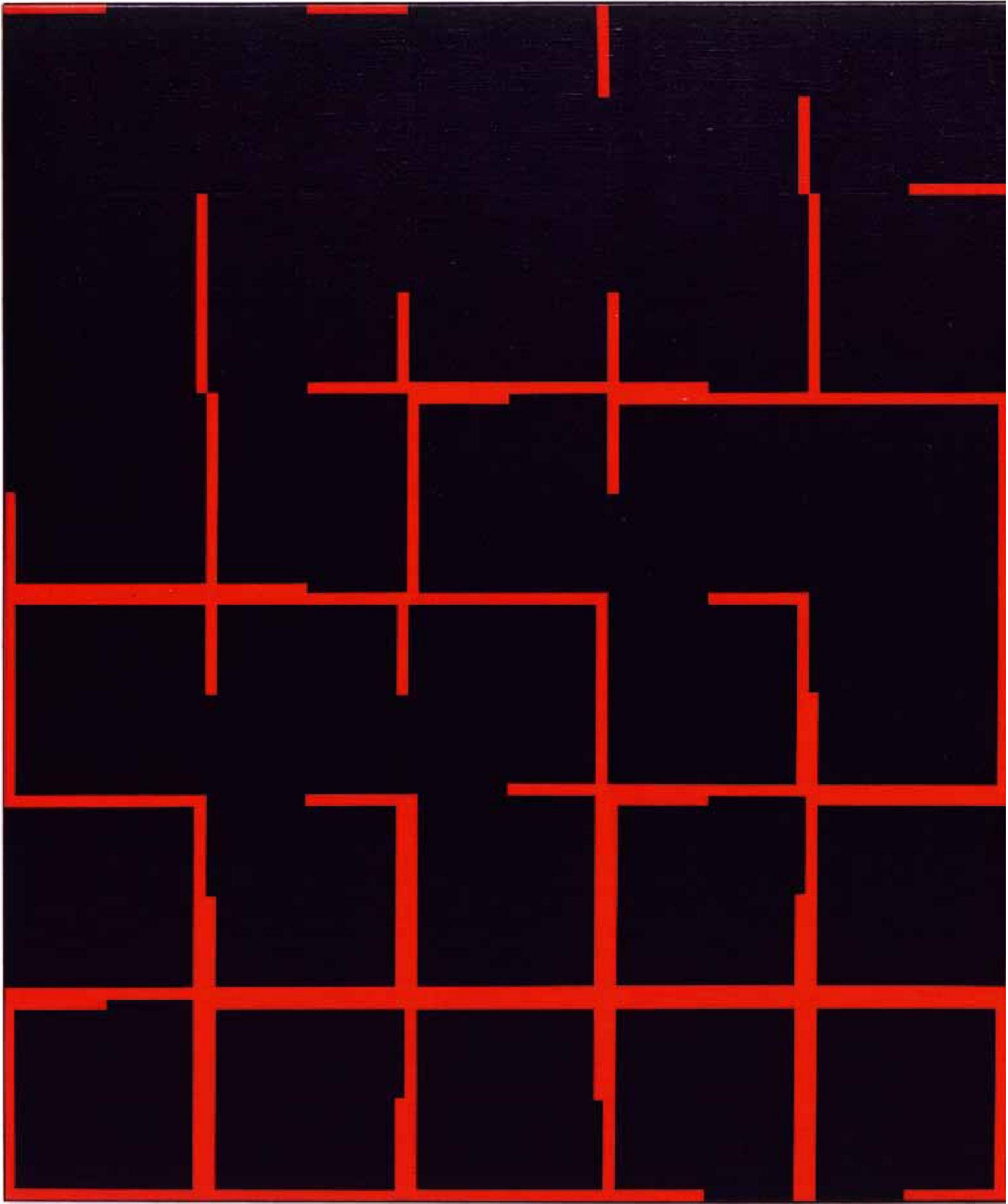
Kluge Interessenpolitik setzt nicht nur das Verständnis der Interessen voraus, sondern zuerst und vor allem Begreifen der Lage – in der sich wandelnden Geographie Europas und der Welt, in den politisch-moralischen Kraftströmungen der Zeit, in wirtschaftlichen Stärken und Schwächen. Der Umarmung durch die EU kann sich die Schweiz nicht entziehen – der *acquis communautaire* wäre sonst ein unüberwindliches Handelshemmnis.

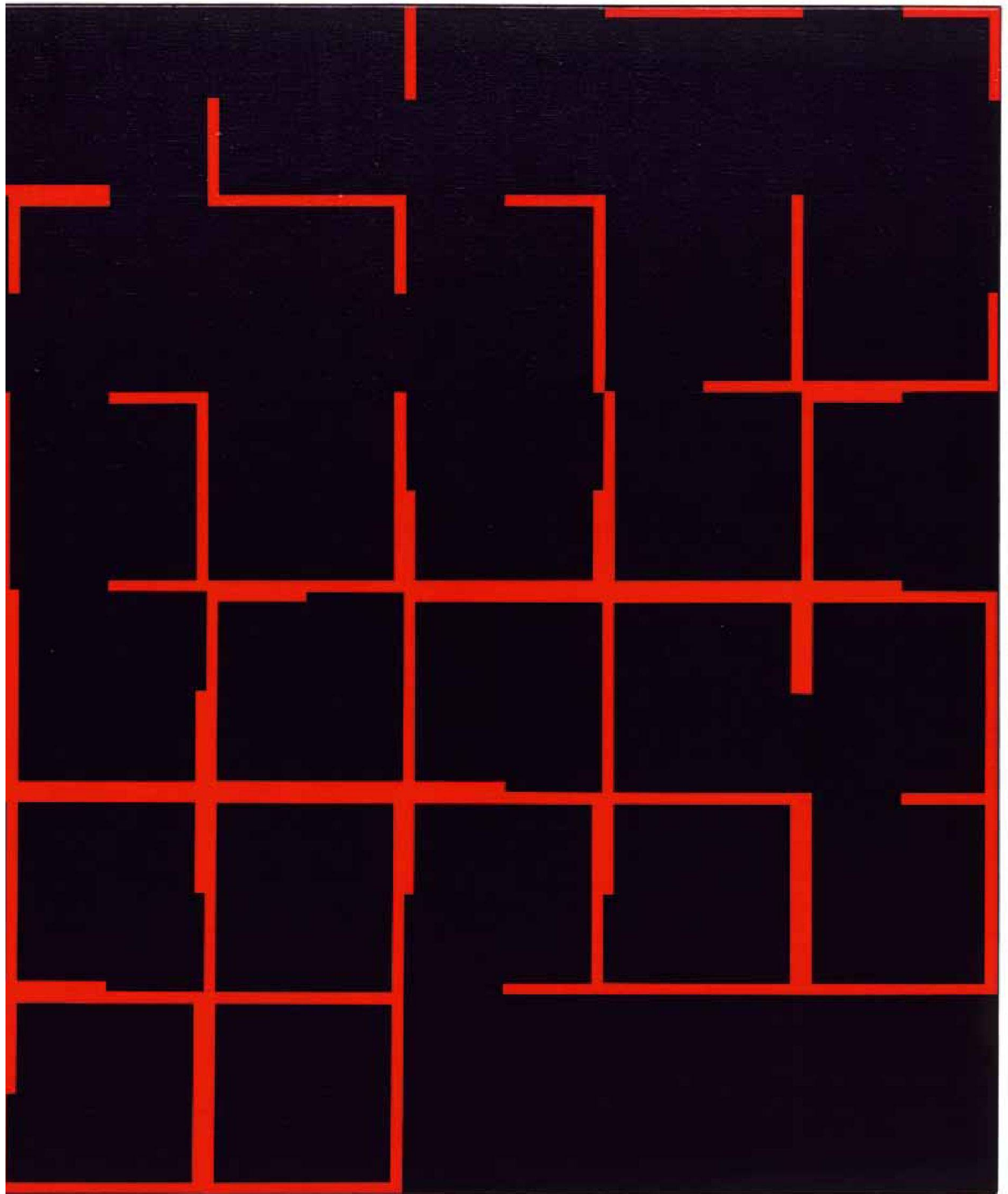
Viele Europäer rundum bekennen ihre platonische Liebe zur Demokratie und praktizieren ein eher zynisches Verhältnis zur Regierungsgewalt, ob in Rom, Paris oder Berlin.

Nähe zählt, auch im Zeitalter der Globalisierung. Der Beitritt zu Schengenland ist Anerkennung dieser Tatsache. In Übersee, in Asien, im arabischen Raum kann man Dienstleistungen verkaufen ebenso wie Werkzeugmaschinen, und von dort muss man Rohstoffe beziehen. Aber der Hauptstrom von Handel und Wandel ist unvermeidlich mit der EU, eingeschlossen die finanziellen und steuerlichen Regularien. Wenn deren aufgeklärt absolutistisches System der *governance* mit der Demokratie der Schweiz unvereinbar ist, so kann man auf den EWR zurückkommen, den einst verschmähten, und sich in Vaduz Rat holen.

Der genossenschaftliche Staat gehört, nicht nur in Europa, zu einer vom Aussterben bedrohten Art. Gäbe es nicht die Schweiz, sie wäre kaum noch zu erfinden. Deshalb ist es, *enfin et surtout*, Gebot politischer Kultur in Europa und für Europa, dass die Schweizer ihre Interessen nicht nur wahrnehmen, sondern auch behaupten.

MICHAEL STÜRMER, geboren 1938, ist emeritierter Professor für Geschichte, Chefkorrespondent der Tageszeitung «Die Welt» und Autor von «Welt ohne Weltordnung. Wer wird die Erde erben?» (2006).





«Rhythmus I», aus dem Projekt «Rhythmen», Acryl auf Leinwand, 200 x 100 cm, 1989

Die Schweiz gehört als Wirtschaftsmacht ins Mittelfeld und erreicht bezüglich Wirtschaftsfreiheit Spitzenränge. Kleinheit ist im internationalen Wettbewerb kein Nachteil mehr, sondern ein Vorteil – dann jedenfalls, wenn sie als dauernde Herausforderung zum Lernen genutzt wird.

7 Kleinheit als Wettbewerbsvorteil

Robert Nef

Ist die Schweiz ein Mythos, ist sie eine Idee, oder ist sie ganz einfach ein Experiment? Der unkonventionelle Pädagoge und Mythenforscher Carl Englert-Faye hat 1940 den Weg der Schweiz unter dem Titel «Vom Mythos zur Idee» beschrieben – natürlich zeitgebunden, aber wegen der Reichhaltigkeit des Quellenmaterials noch immer lesenswert. Der Historiker Herbert Lüthy hat später in seinem Essay «Tugend und Menschenrechte» auf den subtilen Zusammenhang zwischen Idee und Experiment hingewiesen: *«Kein Experiment kann eine Idee widerlegen. Doch wenigstens für die unmittelbar Mit- und Nachlebenden geht auch eine Idee nicht unbeschädigt aus einem Experiment hervor.»*

Der Kleinstaat Schweiz, so lautet meine These, ist kein Modell, er ist ein relativ erfolgreiches historisches Experiment mit offenem Ausgang. Wie beschädigt bzw. geläutert die Idee aus dem Experiment hervorgeht und ob sich daraus überhaupt eine konsistente Idee herauskristallisiert, bleibt eine offene Frage. Die Antwort fällt uns nicht in den Schoss. Wenn sie positiv ausfallen soll, müssen wir dafür kämpfen. Es geht nicht um die Wahrung eines gern als Sonderfall bezeichneten Besitzstandes, sondern um das Bemühen, dessen Wurzeln zu verstehen und unter veränderten Umständen weiterzuentwickeln. Davon ist in der Schweiz gegenwärtig wenig zu spüren. Unbelehrbare Anpasser und Widerständler blockieren sich gegenseitig.

Fest steht, dass die wohl wichtigste Trumpfkarte der Schweiz ihre auf der relativen Kleinheit basierende Experimentier- und Lernbereitschaft ist. Lernen ist ohne Vergleich zwischen unter-

schiedlichen Lösungsmustern nicht erfolgreich; darum ist gerade der Kleinen auf eine interne Vielfalt unterschiedlicher noch kleinräumigerer Experimente angewiesen, deren Wettbewerb man nicht harmonisieren, sondern vermehrt analysieren und auswerten sollte. Non-zentraler Wettbewerb ermöglicht und erzwingt die Bereitschaft zu permanentem Lernen. Diese Bereitschaft beruht wohl zur Hauptsache auf der bitteren Erfahrung, dass sich der Kleinen auf die Dauer nur halten kann, wenn er weder verdummt noch verfettet. Der aus Prag stammende Politikwissenschaftler Karl W. Deutsch, übrigens ein Bewunderer der Schweiz, hat politische Macht als einen Zustand beschrieben, der es den Mächtigen erlaubt, nicht lernen zu müssen. Kleinen können sich das nicht leisten und stehen dauernd unter dem Druck, sich lernend zu behaupten und an veränderte Strukturen anzupassen, ohne sich dabei selbst aufzugeben.

Die Geburt der Schweiz erfolgte eher aus dem Geist der Vielfalt autonomer Gemeinden als aus dem Geist der Gleichberechtigung und der Demokratie im Sinn des Mehrheitsprinzips und der Partizipation. Ihr Erfolgsrezept beruht auf einem nach innen und aussen offenen Dauerexperiment um die politisch jeweils tauglichste Mischung von Freiheit, Selbstbestimmung und Selbstbeschränkung.

Das Lob der Kleinheit gehört zu den Konstanten der eidgenössischen Selbstdarstellung. Es entsteht dabei gelegentlich der Eindruck, dass man damit gegen aussen dokumentieren wolle, wir seien besser als andere, weil wir dank unseren Exporten und unserer Attraktivität als Finanzplatz und Tourismusdestination trotz dieser Kleinheit, wenn nicht militärisch, so doch ökonomisch, in der Liga mittelgrosser Länder mitspielen. Die Schweiz kompensiert aus dieser Sicht fehlende politische Macht mit Wirtschaftsmacht und schafft es in vielen einschlägigen internationalen Ranglisten meist unter die ersten 10. Wenn man diese Ranglisten analysiert, fällt allerdings auf, dass vermutlich heute nicht mehr der Erfolg der Kleinen begründungspflichtig ist, sondern die Tatsache, dass es auch Grossstaaten und insbesondere der Weltmacht USA gelingt, mit den erfolgreichen Kleinen wie Singapur, Hongkong und Neuseeland mithalten. Im Index, der die globale Wettbewerbsfähigkeit misst («Global Competitiveness Report»), belegt die Schweiz Rang 1, im Index «Economic Freedom of the World» Rang 4. Es ist an der Zeit, dass wir in der Schweiz von der Argumentation wegkommen,

wir hätten trotz unserer relativen Kleinheit Erfolg, und alles daran setzen, die offensichtlichen Vorzüge der Kleinheit nach aussen und innen ins Spiel zu bringen. Wir müssen nicht *trotz*, sondern *wegen* unserer relativen Kleinheit den Erfolg suchen.

Kleinheit ist allerdings nur in Kombination mit möglichst grosser Eigenständigkeit vorteilhaft. Wer als Kleiner bei Grossen andockt, verliert ausgerechnet jene Beweglichkeit und jenes Anderssein, das ihm erlaubt, sich zu profilieren. Vor allem Länder, die gleichzeitig relativ klein und relativ reich sind, laufen in Gemeinschaften, die nach Mehrheitsprinzip entscheiden, ständig Gefahr, durch für sie ungünstige Koalitionen überstimmt zu werden. Dies gilt vor allem dann, wenn es um grossräumige zwangsweise Umverteilung geht und um die Definition dessen, was bei einer begehrlchen Mehrheit jeweils als «solidarisch» gilt.

Seit Jean-Jacques Rousseau wird die Kleinheit deshalb gelobt, weil sie ein Maximum an demokratischer Mitbestimmung erlaubt. Der aus heutiger Sicht entscheidendere Vorzug der Kleinheit ist aber nicht die politische Bürgerbeteiligung; es ist vielmehr die Tatsache, dass im kleinen Rahmen das Wachstum einer immer mächtiger, teurer und schwerfälliger werdenden zentralen Grossbürokratie begrenzt werden kann. Kleine haben keine bessere Politik, sie haben weniger Machtpolitik. Sie sind lernfähiger, nicht weil sie klüger oder fleissiger wären, sondern weil sie weniger Macht haben und mehr darauf angewiesen sind, sich permanent optimal an Veränderungen anzupassen. Diese Anpassung wird nicht primär von den politischen Akteuren erbracht, die sich in der Regel besser aufs Bremsen verstehen, sondern durch möglichst staatsunabhängige, aber global vernetzte Akteure der Wirtschaft.

Zentralisten und Etatisten aller Parteien diagnostizieren heute eine Überforderung kleinräumiger politischer Strukturen. Sie wollen die Probleme lösen, indem sie die Flucht in den grösseren politischen Verband propagieren. Die Überforderung entsteht aber durch ein häufig nicht nur unnötiges, sondern geradezu schädliches Wachstum bei den Staatsaufgaben und Staatsausgaben. Diese Entwicklung wird als unausweichliches «natürliches zivilisatorisches Phänomen» hingestellt und nicht als Grundproblem, das durch einen geordneten Rückzug zu lösen wäre. Eigentlich sollte man nicht erstaunt sein, dass die Politik ihre Probleme nicht durch «weniger Staat und weniger Politik» lösen will, son-

dern durch permanenten Ausbau und zusätzliche Hierarchisierung ihrer Strukturen. Auch Kleinstaaten sind vor diesem Teufelskreis nicht gefeit, aber sie kommen schneller an eine Grenze, an der die Flucht in den grösseren Verband selbst zum politischen Thema wird und sich – vor allem bei der Kosten-Nutzen-Frage – einer vergleichenden Kritik stellen muss.

Für die Organisation eines Staates gibt es keine wissenschaftlich definierbare «beste Lösung». Auch hier gibt es nur den Informationsaustausch aufgrund verschiedener historischer Erfahrungen. Der «richtige Weg» ist in einem Wettbewerb der Ideen, Modelle und Vorschläge immer wieder neu zu ermitteln. Entscheidend ist dabei die Bereitschaft zum permanenten Lernen auf Gegenseitigkeit, zum Kopieren des Erfolgs und zum Vermeiden des Misserfolgs. Dieses Lernen ist nur möglich, wenn die Vielfalt der Experimente nicht durch eine allwissende Zentrale zur Einfalt gemacht wird und wenn man sie nicht als

Der «richtige Weg» ist in einem Wettbewerb der Ideen, Modelle und Vorschläge immer wieder neu zu ermitteln.

Relikt krampfhaft konserviert, sondern vermehrt als Chance für vielfältige zukunftssträchtige Problemlösungsverfahren nutzt. Eine entscheidende Voraussetzung erfolgreichen gemeinsamen Experimentierens ist jene Kleinheit, die ihrerseits wieder auf noch kleineren Einheiten beruht, die nach dem Subsidiaritätsprinzip vernetzt sind.

Eine friedliche Bürgergesellschaft wäre dadurch charakterisiert, dass sie mit wenigen öffentlichen Ordnungsvorschriften, technischen und sozialpolitischen Infrastrukturen auskommt und ihre Konflikte unter den Betroffenen und Beteiligten privatautonom lösen lässt. Der Kampf um die regionale und kommunale Autonomie ist identisch mit dem Kampf gegen politische Strukturen, deren Grösse statt auf einen friedlichen ökonomisch-zivilisatorischen Wettbewerb immer noch auf Kriegserfolg sowie äussere und innere Machterhaltung abgestimmt ist. Zentralisierte Macht verleitet auf allen Stufen dazu, das vielfältige Lernen der Kleinen im Wettbewerb durch den einfältigen Zwang der Grossen zur Vereinheitlichung zu ersetzen.

ROBERT NEF, geboren 1942, ist Jurist und war bis 2008 Mitherausgeber der «Schweizer Monatshefte».

Ob Unternehmer, Spitzensportler oder Revolutionäre – wer im Clinch mit seinem Heimatstaat liegt, wählt nicht selten die Emigration. Warum sich die Schweiz als Exiladresse für Dissidente aller Art empfahl. Und empfiehlt.

8 Ein Ort für Andersdenkende

Radu Golban

Was haben Hermann Hesse, Tina Turner, Charlie Chaplin, Voltaire, Jean Calvin, Henri Nestlé, Léon Gambetta, Ex-König Michael von Rumänien, Ben Bella und Michael Schumacher gemeinsam? Sie sind alle in die Schweiz immigriert. Dieses kleine Land inmitten Europas übt seit Jahrhunderten eine starke Faszination auf Schriftsteller, Musiker, Maler, Revolutionsführer, Politiker, Könige, Diktatoren, Spitzensportler und Unternehmer aus. Die Motive, weshalb sie sich für ein Leben in der Schweiz entschieden haben, mögen ebenso verschieden sein wie die jeweiligen Personen – aber möglicherweise gibt es doch einen gemeinsamen Beweggrund für die Anziehungskraft dieses Landes. Allein welchen?

Die Schweiz ist weder ein Pionierland der Popkultur noch bietet sie als Tempo-120-Land Trainingsmöglichkeiten für Formel-1-Rennfahrer. Wenn es Popstars oder Rennfahrer trotzdem in die Schweiz zieht, so spielen die vergleichsweise günstigen Steuerverhältnisse zweifellos auch eine Rolle. Da es aber weltweit zahlreiche Länder gibt, die ein angenehmes Klima in Kombination mit niedrigen Steuern offerieren, muss es noch

andere Motive geben. Sicher schätzen gutbetuchte Immigranten auch die zentrale Lage des Landes, die Mehrsprachigkeit, die gutausgebaute Infrastruktur und die effiziente Verwaltung. Solche Annehmlichkeiten erhöhen die Lebensqualität, bleiben jedoch letztlich Äusserlichkeiten, die an der Oberfläche bleiben und die Seele der potentiellen Neuzuzüger nicht wirklich rühren. Wir kommen der Anziehungskraft der Schweiz eher auf die Spur, wenn wir die vergleichsweise grosse Freiheit der Lebensgestaltung und die gegenseitige Toleranz ins Spiel bringen. Geschätzt wird von diesen Immigranten jene helvetische Diskretion, die mit dem Respekt vor der Privatsphäre einhergeht und die in einem gegenseitigen Vertrauensverhältnis zwischen Bürger und Staat wurzelt.

Zugegeben: die Schweiz ist nicht in jeder Beziehung liberal. Mit ihren restriktiven Ladenöffnungszeiten, ihren frühen Sperrstunden und mit der immer noch gesetzlich verordneten Sonntagsruhe gehört sie zu den konservativeren Ländern der Welt. Das ist zwar bedauerlich, aber nicht entscheidend. Denn die Schweiz ist in jenem präzisen Sinne «liberal», dass der Staat seinem Wesen nach beschränkt ist (nicht die Ich-tue-was-ich-will-Haltung, sondern die Selbstbeschränkung – auf individueller wie auf kollektiver Ebene – ist ein Wesenzug des Liberalismus).

Das schweizerische Staatsverständnis ist historisch aus der lokalen Versammlungsdemokratie hervorgegangen; die Gemeinden haben bis heute auch in fiskalischen Belangen eine erhebliche Autonomie bewahrt. Es handelt sich um eine Demokratie der kleinen Einheiten, die «von unten» gewachsen und nicht «von oben» eingeführt worden ist. Sie hat nichts mit jener «Hyperdemokratie» zu tun, in der, wie es der spanische Philosoph Ortega y Gasset formuliert, *«die Masse direkt handelt, ohne Gesetz, und dem Gemeinwesen durch das Mittel des materiellen Drucks ihre Wünsche und Geschmacksrichtungen aufzwingt»*.

 <p>europa forum luzern Wirtschaft, Management und Politik in Europa</p>	<h1>Wettbewerbsfaktor Steuern</h1> <p>Die Schweiz und die verschärfte Steuerkonkurrenz in der Krisenzeit</p>	 <p>Jetzt anmelden www.europa-forum-luzern.ch</p>
<p>17. internationales Europa Forum Luzern Konzertsaal, KKL Luzern Montag 2. November 2009</p>	<p>Im Zuge der Globalisierung, der EU-Osterweiterung und der Finanzkrise hat sich der internationale Steuerwettbewerb im Laufe der letzten Jahre verschärft. Die internationale Kooperation im Steuerbereich gewinnt an Bedeutung. In vielen Ländern stehen Steuerformen an, so auch in der Schweiz. Die schweizerische Steuerpolitik steht zunehmend unter internationalem Druck.</p>	 <p>u. a. mit Hans-Rudolf Merz Bundespräsident</p>
<p>Presenting Sponsor:  PRICEWATERHOUSECOOPERS</p>	<p>Hauptpartner:  Schweizerische Eidgenossenschaft Confédération suisse Confederazione Svizzera Confederaziun svizra Integrationsbüro EDA/EVO</p>	<p>Partner: Europafachstelle Kanton Zürich economiesuisse</p>
<p>Medienpartner: Finanz und Wirtschaft Schulthess Juristische Medien Schweizer Monatshefte</p> <p>Swiss Equity Magazin Unternehmerzeitung</p>		

Die schweizerische Demokratie unterscheidet sich auch radikal von der reinen parlamentarischen Demokratie der europäischen Staaten, die eine durch Wahlen vermittelte Identität zwischen Wählerschaft mit den gewählten Volksvertretern annimmt. Es ist diese Annahme, die die Parlamentarier legitimiert, durch Mehrheitsentscheide das Gemeinwohl zu definieren und durch ihre Gesetzgebung der Gerechtigkeit zum Durchbruch zu verhelfen. Selbst wenn sich die gewählten Volksvertreter immer wieder auf den Volkswillen berufen, können sie nicht darüber hinwegtäuschen, dass sie mit ihrer Rhetorik oft nur das Interesse an der eigenen Klientel, mithin an der eigenen Wiederwahl bekunden. Der österreichische Ökonom Friedrich August von Hayek sprach in diesem Zusammenhang von modernen «Schacher-Demokratien».

Die vom Volk aktiv mitgestaltete positive Rechtsetzung führt demgegenüber zu einer von mündigen Menschen gesetzten Rechtsordnung, die die generellen Verbindlichkeiten und Verpflichtungen vorschreibt und sich nicht auf ideologische und moralische Gerechtigkeitsvorstellungen abstützt. Sie macht jenen liberalen Kern der Schweiz aus, der auf viele Emigrationswillige, die unter dem politischen, ökonomischen und sozialen Anpassungsdruck ihrer eigenen Länder leiden, so anziehend wirkt.

Die individuelle Autonomie bildet die Basis der kollektiven politischen Selbstbestimmung. Für den ebenfalls aus Österreich stammenden Rechtsphilosophen Hans Kelsen ist Freiheit mit Selbstbestimmung, also Selbstgesetzgebung gleichzusetzen. Unter den Bedingungen eines gesellschaftlichen Miteinanders muss sich die vorstaatliche Freiheit *von* jeder Ordnung zur stets beschränkten Freiheit *in* der staatlichen Ordnung wandeln. Demnach kann, so Kelsen, in einem Staat nur als frei gelten, «*wer zwar untertan, aber nur seinem eigenen, keinem fremden Willen untertan ist*». So wie sich das Individuum seine eigenen Normen auferlegt, so gibt sich auch der soziale Verband seine eigenen Prinzipien, an die sich alle zu halten haben. Die Demokratie erweist sich aus dieser Perspektive als positive Herrschaft des Volkes über das Volk. Wenn demnach echte Mehrheitsverhältnisse im Hinblick auf universale Prinzipien – und nicht willkürliche, parteipolitisch motivierte Mehrheitskoalitionen in Einzelfragen – und eine daraus abgeleitete Herrschaft anstelle eines Regimes der politischen Wahrheit zustandekommen, dann und nur dann resultiert daraus eine wirklich gelebte, liberale Demokratie, wie sie die Schweiz kennt.

Der französische oder deutsche Parlamentarismus beruht hingegen, wie bereits erwähnt, auf der romantischen Vorstellung der politischen Willensidentität von Regierenden und Regierten, wobei die Bildung eines homogenen Gesamtwillens in einer heterogenen Gesellschaft als Verwirklichung des angeblichen Gemeinwohls angesehen wird. Der fiktive Gemeinwille wird im Wettstreit der Parteien ermittelt, und die Regierung hat dann die Aufgabe, das Volk entsprechend aufzuklären. Die Grenzen zwischen Aufklärung und Indoktrination sind indessen fließend. So werden beispielsweise für deutsche Politiker Steuerdelikte zum Betrug am Gemeinwohl, wobei moralisierende Wortbildungen wie «Narzissmus des Steuerpflichtigen» oder «Erosion der gesellschaftlichen Verantwortung» die öffentlichen Debatten beherrschen. In Grossbritannien machte ein Parlamentsmitglied sogar die Steuerhinterzieher für den Tod von Menschen in Spitälern verantwortlich, indem er ihnen vorwarf, sie hätten dem Staat das Geld für eine lebens-

Wenn echte Mehrheitsverhältnisse und eine daraus abgeleitete Herrschaft anstelle eines Regimes der politischen Wahrheit zustande kommen, dann resultiert daraus eine wirklich gelebte Demokratie.

rettende Behandlung vorenthalten. Die Steuerpflicht wird so von einer rein finanziellen zu einer moralischen Verpflichtung und der Steuerstaat zur moralischen Erziehungsanstalt. Er stellt mit seiner steuerfinanzierten Infrastruktur nicht nur Spitäler, Schulen, Strassen- und Eisenbahnnetze bereit, sondern gewährleistet und ermöglicht aus dieser Sicht durch Umverteilung erst Freiheit und Gerechtigkeit.

Was kann das Individuum gegen eine solche Megamaschinerie ausrichten? Es hat kaum eine Chance, sich politisch dagegen zu wehren. Da bleibt oft nur die innere oder eben die äussere Emigration. Ob die «erweitert beschränkte Steuerpflicht» in Deutschland, die Deutsche auch mit einem Hauptwohnsitz im Ausland zu Steuerzahlungen an den deutschen Staat verpflichtet, die Steuerpflicht von im Ausland ansässigen US-Bürgern gegenüber dem amerikanischen Staat oder die teure *exit tax* für US-Amerikaner, die ihre Staatsangehörigkeit aufgeben, um der uneingeschränkten Steuerpflicht in der Heimat zu entkommen

– wir haben es hier stets mit Massnahmen zu tun, die das Ziel verfolgen, die Eigentumsfreiheit der Bürger zu beschneiden und diese selbst für den Fall der Emigration noch zu belangen.

Wer den Weg in die Emigration wählt, wird im Jargon der Politik gemeinhin als «Steuerflüchtling» gebrandmarkt. Dabei wird übersehen, dass die Flucht vor einer fiskalischen Ausbeutung in vielen Fällen auch eine Flucht vor einer umfassenden wirtschaftlichen und sozialen Fremdbestimmung miteinschliesst. «Steuerflüchtlinge» sind häufig auch Andersdenkende, Menschen, deren Vorstellung über Freiheit und Gerechtigkeit von der obrigkeitstaatlich vorgeschriebenen Version abweicht. Sie suchen nicht einfach finanzielle Vorteile, sondern einen Ort mit freiheitlicheren Vorstellungen über selbstbestimmte Bürgerrechte und Bürgerpflichten. Dabei war und ist die Schweiz für sie eine valable Exiladresse. Ideologische Mässigung, verbunden mit der Tradition der direkten Demokratie als Ausdruck politischer Selbstbestimmung, haben jene liberale Atmosphäre der Schweiz geprägt, die fiskalische,

Es waren auch Feinde der Demokratie, Diktatoren und gekrönte Häupter, die die Vorzüge der Schweiz zu nutzen wussten.

aber eben auch andere Dissidente – Revolutionäre, Wirtschaftspioniere, Forscher oder Intellektuelle – fasziniert hat und weiterhin fasziniert.

Ob die russischen Revolutionäre wie Trotzki und Lenin oder der Franzose Jean-Jacques de Sellon, einer der führenden Kämpfer für die Abschaffung der Todesstrafe in Frankreich im 18. Jahrhundert, ob Léon Gambetta, ein Mitbegründer der Dritten Republik, Pellegrino Rossi, ein italienischer Liberaler des 19. Jahrhunderts, ob Edmund Ludlow, englischer Politiker und Sympathisant der Englischen Republik im 17. Jahrhundert, sie alle fanden Zuflucht in der Schweiz. Die Neutralität wie auch der fehlende Auslieferungszwang des Landes konnte für Exilpolitiker aller Couleur auch dazu genutzt werden, den Widerstand in der Heimat zu mobilisieren oder zumindest vor einer politisch motivierten Ausweisung und staatlichen Repressalien in ihren Heimatländern sicher zu sein.

Gewiss, es waren auch Feinde der Demokratie, Diktatoren und gekrönte Häupter, die diesen Vorzug der Schweiz zu nutzen wussten. Musso-

lini floh 1902 in die Schweiz, um sich vor dem Militärdienst zu drücken. Trotzdem war er der Schweiz später als Diktator nicht wohlgesinnt und beanspruchte den Kanton Tessin als italienisches Territorium. Schliesslich wollte er sich nach seinem Sturz als Diktator der Verhaftung durch eine Flucht in die Schweiz entziehen, was ihm aber nicht mehr gelang. Eindrucksvoll ist auch der Migrationshintergrund von hervorragenden Unternehmern und Wissenschaftern, die der politischen Unterdrückung in ihrer Heimat zu entkommen suchten, indem sie sich in der Schweiz niederliessen. So etwa der lothringische Physiker Horace-Bénédict de Saussure, der Erfinder des Hygrometers, der unter Calvin, selbst einer der bedeutendsten Immigranten der Schweiz, ebenfalls in Genf Asyl fand, oder der grosse neoklassische Ökonom Léon Walras, der in Frankreich nicht mehr lehren durfte, oder der Apotheker Henri Nestlé, bevor er mit Milchpulver zu Welt ruhm gelangte, oder der Literaturkritiker und Sozialphilosoph Walter Benjamin, der nach dem Zusammenbruch der Weimarer Republik als politischer Flüchtling in die Schweiz kam.

Diese Immigranten konnten sich in ihren Herkunftsländern wegen ihrer von den dort vorherrschenden Vorstellungen abweichenden Besonderheit, sei diese nun kulturell, religiös, ökonomisch oder politisch begründet, nicht identifizieren. Sie waren konsequent und haben das Exil gewählt. Sie haben die Möglichkeiten genutzt, die ihnen die Schweiz bot. Und sie haben ihr toleranteres Gastland entscheidend mitgeprägt, dessen Entwicklung gefördert und zu einer positiven Wahrnehmung der Schweiz in der Welt beigetragen.

Es bleibt zu hoffen, dass die Schweiz sich weiterhin als Exildestination bewährt. Und dass sie jenen Menschen Asyl gewährt, die in andern Staaten als Andersdenkende und Dissidente verfemt und verfolgt werden.

RADU GOLBAN,
geboren 1973, ist
Politologe,
promovierter Ökonom
und Unternehmer.

